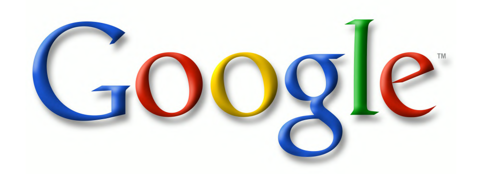
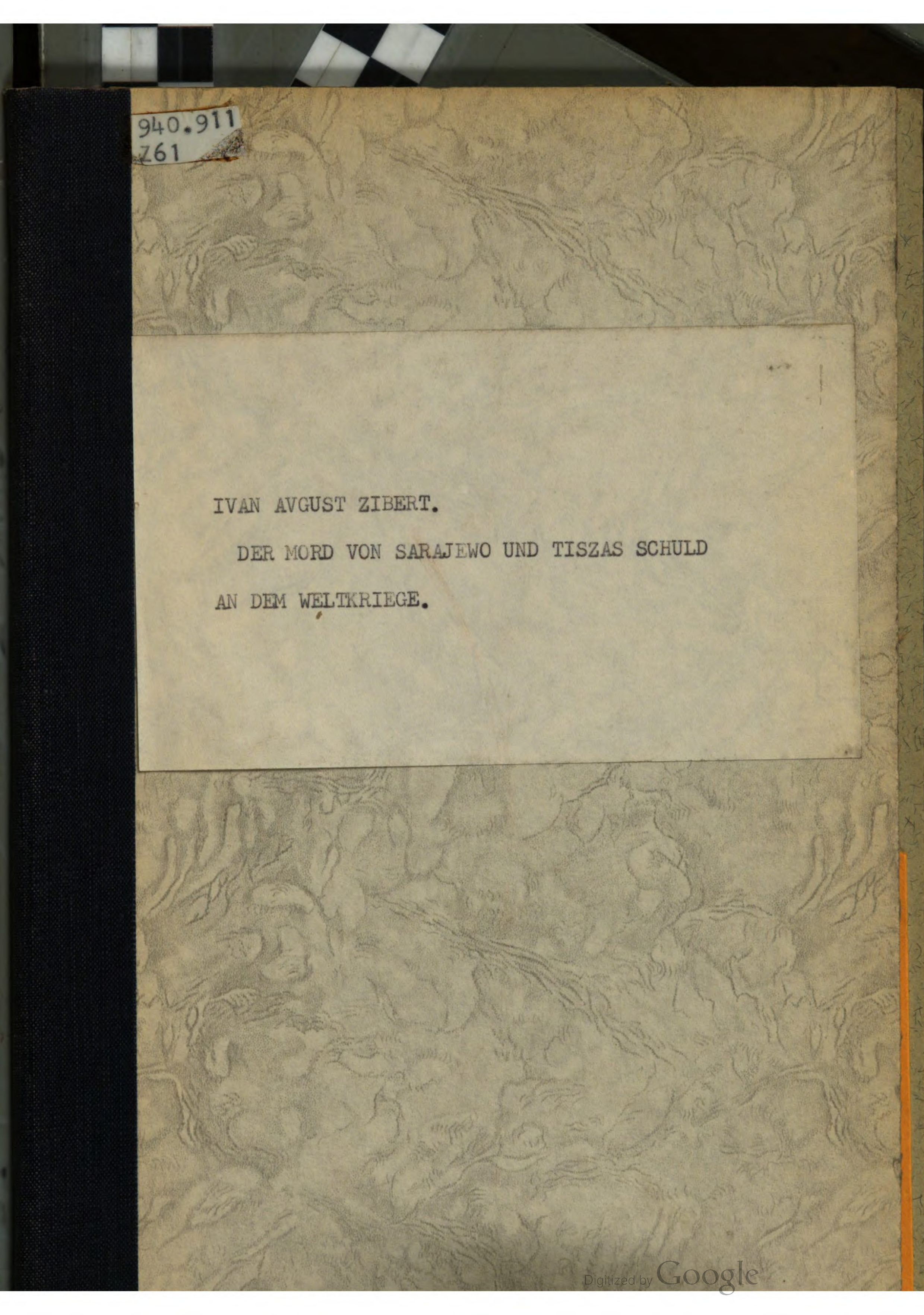
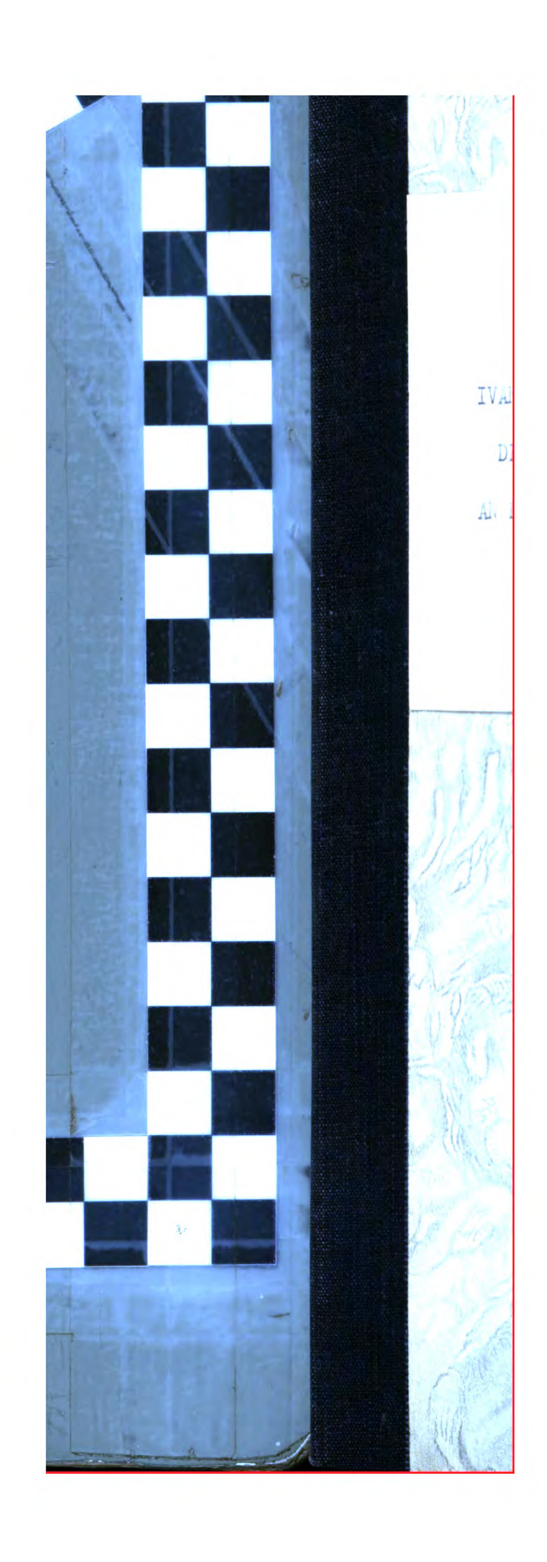




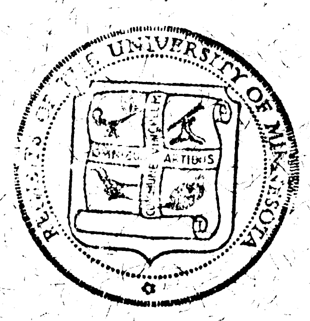
IVAN AVGUST ZIBERT.

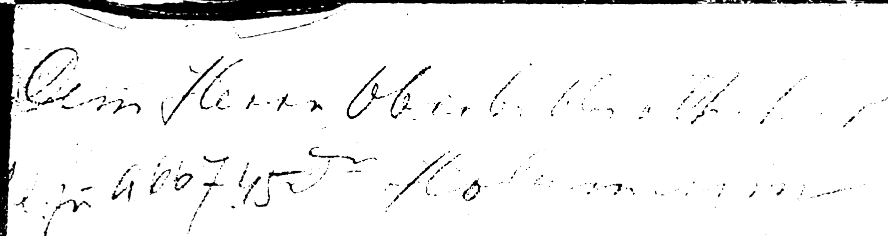
DER MORD VON SARAJEWO UND TISZAS SCHULD AN DEM WELTKRIEGE.



IVAN AVGUST ZIBERT.

DER MORD VON SARAJEWO UND TISZAS SCHULD AN DEM WELTKRIEGE.





Der Mord von Sarajewo

und

Tiszas Schuld an dem Weltkriege

Die serbischen Warnungen und eine „schwierige“ gerichtliche Untersuchung

(Die Wiener Schmähbriefe im Jahre 1914)

Zwei Beiträge über die Notwendigkeit einer ehrlichen Demokratie und Völkerverständigung

Von

Dr. J. A. ŽIBERT

Bibliothekar an der Universität Wien

III. vermehrte Auflage

Laibach 1919

Selbstverlag des Verfassers --- Natisnila Jugoslovanska tiskarna v Ljubljani.



Vorwort.

Durch neun Jahre war mein täglicher Gang zur Schloßkapelle im Belvedere. — —

Schriftstücke verbrecherischen Inhaltes mit ganz unglaublichen Ausfällen auf den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und insbesondere auf seine Gemahlin die Herzogin von Hohenberg, in den letzten Wochen vor deren Tode geschrieben, machten es mir zur Pflicht nicht abzulassen, bis Licht in dieses Dunkel komme. Auch der deutsche Botschafter von Tschirschky bestärkte mich in dieser meiner Pflicht.

Ich hatte außerdem manchen anderen Grund, die Feuerprobe als Zeuge bestehen zu wollen. Die k. k. Behörden haben es mir nicht ermöglicht. Oder doch?! Ich überlasse der Öffentlichkeit, das zu entscheiden.

Der Wortlaut der Schmähbriefe läßt sich nicht wiedergeben. Einzelne Stichworte kommen in der Beilage vor. Das Wort von der »Mörderhand«, im Juni 1914, zwingt uns aber zur Frage: Warum? Was weiß der Schreiber? Woher?

Man prophezeite mir, daß ich durch die Anzeige selbst »hinein komme«. Ich ließ mich nicht abschrecken. Ein bekannter Wiener Advokat versicherte mir unter anderem, die Untersuchung werde erfolglos bleiben, außer, wenn ich selbst in Untersuchung käme; erst die Aufhebung der Zensur werde Licht in die Sache bringen.

Am 10. November 1916 wurde mir die Vorladung wegen Verbrechens der Verleumdung zugestellt. Ich mußte mich verantworten. Aber »Schwierigkeiten«, wie vorher so auch jetzt, hinderten die k. k. Justiz, ein Urteil zu fällen.

Der Thronfolger Franz Ferdinand hat seinerzeit auch persönlich eine Untersuchung verlangt. Die Behörden selbst waren dazu auch gesetzlich verpflichtet. Das Obersthofmeisteramt mußte in Kenntnis gesetzt werden. Des Thronfolgers und seiner Gemahlin Ehre waren aufs tiefste verletzt! Nach ihrem Tode wurde die Untersuchung unterdrückt. Gab es keine Macht, welche die Ehre beider schützen konnte und wollte?!

Wie man untersuchte, will ich berichten.

Dies veranlaßte mich auch den Umständen des Todes in Sarajewo näher zu treten. Das Grundmaterial habe ich bereits vor anderthalb Jahren bekannten Parlamentariern vorgelegt. Ich habe die Ereignisse beschrieben, wie sie sich mir fern von dem politischen Getriebe und politischen Mächten als Ursache und Wirkung darboten. Meine Darstellung war bereits Ende Oktober 1918 vollendet. An einer »Hetze« gegen Graf Tisza konnte ich nicht beteiligt sein; Tisza fiel durch »Zufall«.

Die Nachricht vom 1. November aber kann in mir das alte, zwischen den Zeilen der Weltgeschichte durchklingen wollende Echo — Weltgericht — kaum unterdrücken.

Ich glaube aber meine Pflicht zu erfüllen, indem ich, von der Notwendigkeit einer ehrlichen Demokratie und Volksverständigung durchdrungen, die beiden Dokumente des offiziellen »Patriotismus« nach den Justizorgien der »großen« Zeit der Öffentlichkeit zum Nachdenken übergebe.

Wien, 31. Oktober 1918.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Der Mord von Sarajewo ist nicht nur ein kriminalistisches Problem; das Ereignis gehört zu den historischen Bedingungen der Weltgeschichte der neuesten Zeit.

Die Aufgabe, welche ich mir gestellt habe, ist, die Tat im Rahmen ihrer Voraussetzungen zu betrachten, denn auch politischen Fanatikern ermöglichen bloß die obwaltenden Verhältnisse das Vollbringen ihres Verbrechens. Die Verantwortung für solche Zustände aber können vor der Geschichte nur die wirklichen Mächte tragen, nicht aber die nominellen Schatten und ihre Werkzeuge.

Die Unterlassung von Sicherheitsvorkehrungen in Sarajewo bedeutete bei einer solchen Mission und Zeit die höchste Lebensgefahr und niemand aus den drei politischen Verantwortungssphären — Österreich, Ungarn, Bosnien — nannte einen Schuldigen. Der Thronfolger war fest entschlossen, der magyarischen Oligarchie ein Ende zu machen und das allgemeine Wahlrecht einzuführen, und dies war nicht unbekannt.

Das Vorhandensein von Warnungen, das Fehlen von Sicherheitsvorkehrungen und die Behauptung des Thronfolgers, daß »er hinab müsse«, sind zu vielfach bezeugte Tatsachen, als daß man sie mit einer entgegengesetzten Behauptung erledigen könnte.

Man erinnere sich nur der späteren Sicherheitsvorkehrungen in Marburg für den Erzherzog Eugen, bei den Kommanden usw.

Ich schließe in die Untersuchung auch die Voraussetzung derjenigen ein, welche glauben wollen, daß politische Verbrecher ihr Leben nur dem Mammon zuliebe wagen.

Ich hatte ursprünglich die Absicht, nur die Politiker auf die um den Thronfolger bestandenen Verhältnisse aufmerksam zu machen, und so geschah es, daß ich manches als bekannt voraussetzte.

Meine Abneigung, das Pamphlet der Öffentlichkeit zu übergeben, konnte ich lange nicht überwinden, da mir die Herzogin viel zu hoch stand, als daß ich ihren Namen in irgend einer Berührung mit diesen Beschimpfungen bringen könnte. Wenn ich mich jetzt zur Veröffentlichung entschlossen habe, geschieht es, um manches, insbesondere den Haß gegen sie und die Schutzlosigkeit beider verständlicher zu machen. Dies zu wissen, ist für die Klärung der Verhältnisse vor dem Kriege nötig. Der Mord hat dann die übrigen latenten Kräfte ausgelöst und ihnen zur Sichgeltendmachung verholfen.

Meine Absicht war, als ich 1915 für die Notwendigkeit einer Untersuchung eintrat, zur Erörterung der Schuldfrage an dem Kriege und zum Friedensgedanken Anlaß zu geben. Es geschah alles, damit die Untersuchung unterbleibe.

Ich hielt es auch für meine Pflicht als Priester und als Mann, mit voller Energie einzutreten, daß einer mit Haß verfolgten Frau, die neun Jahre lang zu mir zur Beichte ging, Genugtuung verschafft werde. Man konnte es nicht vergessen, daß eine Gräfin einen damals kranken Prinzen geheiratet hatte. Als sie mich vor der Reise sprechen wollte, wurde ihr ohne mein Wissen gesagt, ich hätte keine Zeit ins Schloß Belvedere zu kommen.

Für eine ehrlich religiöse Natur, wie es Franz Ferdinand war, hatte die Öffentlichkeit kein Verständnis und man witterte in ihm nur die Reaktion und den Klerikalismus. Letzteren sehr

mit Unrecht. Die beiden hochwürdigen Grafen, welche nicht mehr ins Schloß kamen, könnten darüber Aufklärung geben.

In seiner letzten Zeit ist Franz Ferdinand bereits darauf gekommen, daß unter seinen Angestellten eine gründliche Musterung nötig sei und hatte vor, demnächst eine durchzuführen.

Auch über die magyarische Nationalitätenpolitik wäre ein Wort an die Öffentlichkeit nötig. Die Presse hatte für diese Frage meist — kein Interesse, die wenigen unabhängigen Organe sprachen über die politischen Zustände Magyariens offen ihren Abscheu aus. Harden in Berlin und der gewesene Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Pernerstorfer ließen in ihrer Kritik an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Charmatz hat des Grafen Tisza gedacht. Renner hat den Dualismus für den Krebsschaden der nationalen Rechte angesehen, Zenker, Popovici und Danzer bestätigten die magyarische Korruption, über welche der Engländer Seton Watson (Scotus Viator) genauestens informiert war. Der skrupellose magyarische Imperialismus und alle jene, welche ihm politische Zuhälterdienste leisteten, haben die Monarchie sicherem Verderben entgegengeführt. Die Völker aber haben lange genug nach Freiheit und Gerechtigkeit vergeblich gerufen!

7. Jänner 1919.

Dr. J. A. Žibert.

Der Mord von Sarajewo und Tiszas Schuld an dem Weltkriege.

(Warnungen. — Die Sicherheitsvorkehrungen. — Die Politik im Süden. — Ihre Urheber. — Die Folgen. — Des Thronfolgers Ziele. — Tisza. — Die Schuldfrage.)

Über die Reise nach Bosnien des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand erfuhr die große Öffentlichkeit aus der Presse, daß zahlreiche W a r n u n g e n vor der bosnischen Reise und ihren Gefahren eingegangen waren. Die Meldungen entstammten den verschiedensten Quellen, sie kamen aus Sarajewo, Wien, Agram, nach einer Budapester Meldung auch aus verschiedenen anderen Städten, ferner auch von einer Persönlichkeit, die dem Thronfolger nahe gestanden ist. — Das k. u. k. Ministerium des Äußern, das Obersthofmeisteramt im Belvedere und noch verschiedene Behörden empfingen Warnungen. Die Agramer Geheimpolizei berichtete über Attentatspläne an die »zuständige Stelle«.

Graf Sternberg, dessen persönliche Beziehung zum Erzherzog Franz Ferdinand bekannt ist, schrieb, daß der Thronfolger die gefahrvolle Situation durchblickte und n i c h t n a c h B o s n i e n w o l l t e, er habe es jedem gesagt. Der Jesuit P. Puntigam aus Sarajewo erzählte, unser Thronfolger habe gewußt, daß ihm in Bosnien große Gefahr drohe; aber er erfüllte seine P f l i c h t. In Eckartsau selbst hat sich der Erzherzog unmittelbar vor seiner Reise ganz offen geäußert und er machte gar kein Hehl aus seinem Widerwillen gegen die Reise und ihre Gefahren. So auch in Wien und Triest. Vor der Abreise machte er noch einen letzten Versuch in Schönbrunn. Auch ein vom Erzherzog hochgeschätzter Gelehrter, welchen er vor seiner Reise zu sich berief, erzählte, welch' niederschmetternden Eindruck er von dem sich zum letzten Male Verabschiedenden davontrug. Der Erzherzog wollte auch nicht, daß die Herzogin die gefährliche Reise mitmache. »Ob sie mehr verpflichtet sei, bei den Kindern zu bleiben oder dem Gatten

in der Gefahr beizustehen?« war die Frage. Und sie wich in der Gefahr nicht von des Gatten Seite. Er aber mußte hinab.

Die Reise nach Bosnien war kein Geheimnis. Die offiziellen und die höchsten Stellen, ohne die sich der Thronfolger nicht rühren konnte, wußten es selbstredend; die Nachrichten über die vielen Warnungen beweisen, daß sie es pflichtschuldigst wissen mußten. Eine gegenteilige Anschauung würde nur die krasseste Unkenntnis der Staatshierarchie beweisen. Der Plan zur Reise entstand auch nicht von heute auf morgen, sondern er bestand seit längerer Zeit.

Und was erfahren wir über die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für den Thronfolger? Lassen wir einmal die Stimmen der Öffentlichkeit sprechen.

»Reichspost«, 30. Juni 1914, Morgenblatt, Telegramm, 29. Juni:

... gegen Potiorek und Regierungskommissär Gerde ... werden Vorwürfe wegen des mangelhaften Sicherheitsdienstes erhoben.

»Neues Wiener Tagblatt«, 1. Juli 1914, Nr. 179:

... zum Schlusse möchte ich noch dem tiefen Schmerz ... Ausdruck verleihen, daß nicht umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen während der Anwesenheit ... getroffen wurden. Wir alle waren erstaunt, zu sehen, wie wenig in dieser Richtung vorgesorgt worden sei, und das hat sich bitter gerächt ... (Sarajewo, 30. Juni.)

»Grazer Volksblatt«, 1. Juli 1914, S. 2:

Unfähige Behörden.

... Nicht nur die großserbischen Hochverräter, sondern auch die militärischen und zivilen Behörden sind schuld an der Schreckenstat von Sarajewo.

(Vergleich zwischen der letzten Kaiserreise und scharfe Kritik der jetzigen unzulänglichen Vorsichtsmaßregeln, der Unfähigkeit der Geheimpolizei. Potiorek hat grobe Fehler gemacht.) Der Plan der Reise bestand seit vielen Monaten. Schon wochenlang munkelte man von verbrecherischen Plänen ...

»Grazer Volksblatt«, 2. Juli 1914, S. 2, Spalte oben:

Eine nicht beachtete Anzeige der Agramer Geheimpolizei.

Berlin, 1. Juli. Wie die reichsdeutschen Blätter erfahren, hat der Chef der Agramer Geheimpolizei an zuständiger Stelle schon vor einer Woche über ein gegen den Thronfolger anläßlich seiner bosnischen Reise geplantes Attentat berichtet. Die Anzeige wurde jedoch damals ad acta gelegt.

8. Juli, S. 2, Sp. 2.

P. Puntigam.

... Unser Thronfolger wußte, daß ihm in Bosnien große Gefahr drohe, daß man wahrscheinlich Attentate auf ihn verüben werde, aber er ging doch hinunter, um seine Pflicht zu erfüllen.

»Grazer Volksblatt«, 10. Juli 1914, S. 2, Morgenblatt:

Graf Sternberg nach »N. W. J.« zum Thronfolgermorde.

In Angesicht der vollständigen Zersetzung unserer politischen Zustände, die der tote Erzherzog viel besser gekannt hat als wir alle, war es von seiner Seite ein Wagnis gewesen, jene verhängnisvolle Reise zu unternehmen. Er hat auch nicht wollen. Er hat es jedem Menschen gesagt, daß er nicht nach Bosnien reisen möchte, und die beteiligten Herren haben ihn nur dadurch bewogen, hinunter zu gehen, daß sie an seinen persönlichen Mut appelliert hatten, und ihm sagten, die Leute würden glauben, daß er sich fürchte.

Man hat an die Stadthauptmannschaft von Ofenpest das Ansuchen gerichtet, nach Sarajewo drei oder fünf Detektivs zu senden. Der Stadthauptmann erwiderte, daß diese Zahl nicht hinreiche, daß es mindestens dreißig oder vierzig sein müßten, die überdies schon viel früher hinunterreisen müßten, um das Terrain sicherzustellen. Das würde allerdings einen Aufwand von 7000 Kronen notwendig machen. Darauf antwortete man ihm, daß dies viel zu teuer sei, daß diese Summe höchstens für den Monarchen ausgewiesen werden könnte. So blieb es bei den fünf Detektivs!

Man hat die Blätter Serbiens gelesen, die unverhohlen auf die Ermordung der Erzherzogs anspielten. Man hat nichts unternommen. Als der Kaiser nach Bosnien reiste, hat man die ganze Stadt abgesperrt, viele hundert Personen in ihren Woh-

nungen zurückgehalten; hinter jedem Baum stand ein Soldat mit dem Rücken zur Straße. Jetzt stand bei jedem Baum ein Mörder mit einer Bombe. Wenn die Herren wollen, können sie ja ein Leben schützen.

»Grazer Volksblatt«, Samstag, 11. Juli 1914, Nr. 298:

Versäumnis der Militärbehörden.

Sarajewo ohne Militär.

»Danzer's Armee-Zeitung«, herausgegeben »Unter Mitwirkung eines Kreises höherer Offiziere«:

Wer darauf bestanden, daß am kritischen Sonntag Sarajewo ganz vom Militär entblößt war (...), wissen wir nicht... Und die Behörden hatten ja Kenntnis davon, daß irgend etwas gegen den Erzherzog geplant sei! ... Auf dem ganzen Wege, der tags vorher genau festgestellt war, standen auf höchstens je 200 Schritte Polizisten; die Anzahl der Detektivs ist nicht bekannt. Von Gendarmerie und Militär jedoch war in der ganzen Stadt nichts vorhanden. Wir alle, die wir an diesem Tage in Sarajewo waren, hatten das Gefühl: der Thronfolger ist in eine Mördergrube geraten. Nach dem verruchten Attentat war es auf einmal möglich, zwei Brigaden bis 9 Uhr abends teils mit Fußmarsch, teils per Bahn nach Sarajewo zu bringen. Es sind große Unterlassungssünden begangen worden: die Schuldtragenden mögen dies mit ihrem Gewissen ausmachen...

Mögen die Nachrichten welcher Quelle immer entstammen, überall hören wir Vorwürfe und Anklagen gegen Zivil- und Militärbehörden, so daß man sich erstaunt fragt: Woher diese Pflichtvergessenheit der höchsten Organe? So plötzlich eine allgemeine Pflichtvergessenheit? Potiorek, Regierungskommissär Gerde, Zivil- und Militärbehörden?

Die »Armee-Zeitung« spricht von Unterlassungssünden, welche die Schreckenstat verschuldet haben, und schließt: »Die Schuldtragenden mögen dies mit ihrem Gewissen ausmachen.« Es war ein System in der Unterlassung von Sicherheitsvorkehrungen und jene, welche sie unterließen, hatten das Recht, über Militär, Gendarmerie und Polizei zu verfügen. Die Schuld war unter den Mächtigen, an die der Arm der Gerechtigkeit nicht hinaufreichte, daher sollen sie sich »mit ihrem Gewissen« abfinden! Es war nicht das Versagen eines großen Verwaltungs-

apparates bei Sicherheitsvorkehrungen, sondern eine — Unterlassung derselben. Und wie eben ein solcher Apparat funktioniert, wenn er von oben in Bewegung gesetzt wird, sahen wir ja bei der Kaiserreise Franz Josefs im Jahre 1910. Es wirkten eben Mächte, von denen auch ein Thronfolger abhängig war. Und es gab unter seinen Gegnern und Feinden gar mächtige Herren!

Man sagte von Franz Ferdinand, daß er einen unbeugsamen Willen hatte, aber diesem Willen wurden in der Wirklichkeit gar viele Grenzen gesetzt. Man muß staunen, wenn man die Wahrheit erfährt, mit welchen Schwierigkeiten er zu kämpfen hatte, wenn er etwas durchsetzen wollte. Seine Befugnisse waren minimal, vieles rein formellen Charakters.

War des Erzherzogs eigene Unvorsichtigkeit an dem Morde schuld? Er wußte es zu genau, wie gefährlich die Reise sei und wollte nicht hinab!

Für das Leben dessen, der auf der Jagd, auf der Reise, sogar zu Hause beschützt war, für dessen Sicherheit auf einer Dienstreise konnte nicht gesorgt werden? Es ist unglaublich, wenn man nicht wüßte, daß es doch so war! 7000 Kronen waren für die Sicherheit des Thronfolgers zu viel! Diese Summe hätte nur für den Monarchen ausgewiesen werden können. Dachte sich vielleicht der kluge Sparer, daß ein österreichischer Thronfolger gegen Kugeln und Bomben widerstandsfähiger wäre als ein Monarch?! 200.000 Dinars (Kronen) hat die serbische Skupschtina im Jahre 1912 für die Auslandsreisen des Königs und des Kronprinzen bewilligt. (Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Bd. 52, Seite 529/1912, München 1917.) Und wer hatte das Recht und die Macht zu bestimmen, daß ihm der notwendige Aufwand für die Sicherheit des Thronfolgers zu teuer gewesen sei? Konnte es der Akt einer geheimen, untergeordneten Hand sein? Franz Ferdinand war materiell vom Hofe abhängig und gefürchtet als zukünftiger Herrscher wegen seiner Genauigkeit in wirtschaftlichen Dingen. Vor der traditionellen Hofwirtschaft hatte er wenig Respekt und nicht einmal vor den ehrwürdigen Garden machte seine Kritik halt. Man wußte bereits, wer da »hinausfliegen« werde. — Graf Sternberg machte ziffernmäßige Angaben und sie machten Mitte Juli 1914 die Runde in den Tagesblättern. Die Angaben konnten sich nur auf den **k. u. k. Hof** bezogen

haben, da Tisza »offiziell« von einer Reise des Thronfolgers nichts wußte. Gab es vor dem Kriege niemanden, welcher daran ein Interesse gehabt hätte, daß man den Thronfolger nicht wirklich beschützte? — Des Erzherzogs einstiger Adjutant, Oberst v. Brosch, der doch genug Einblick in das politische Getriebe hatte, schrieb nach der Ermordung, der letzte Großösterreicher werde zu Grabe getragen.

Und was sagt des Erzherzogs mächtigster Gegner, der damalige magyarische Premier, dessen Händen unter Franz Ferdinand als Herrscher die Zügel entglitten wären, über die Bosnienreise?

»Grazer Volksblatt«, 9. Juli 1914, S. 1, Mitte:

Tisza: Der Thronfolger ... hat seine bosnische Reise so sehr als eine militärische Inspektion aufgefaßt, daß die beiden Regierungen von dieser Reise keine vorherige Verständigung erhalten haben, wie denn naturgemäß von den Reisen des Herrschers, der Mitglieder des Herrscherhauses und des Thronfolgers keine vorherige Kenntnis erhalten. Sogar der gemeinsame Finanzminister hatte keine Mitteilung bezüglich des Programmes und der Details der Reise des Thronfolgers bekommen.

Esterhazy: Also der Bilinski hat davon nichts gewußt?

(Graf Tisza reagiert nicht darauf und spricht über die Verschwörer. — So berichtet auch die »Tagespost«.)

»Grazer Volksblatt«, Abendausgabe, 9. Juli 1914:

Tisza (hierauf): ... Der Herr Abgeordnete vergißt, daß der Thronfolger unter keiner Vormundschaft und Aufsicht gestanden ist. (Großer Lärm und Bewegung links.)

Sind die Worte »militärische Inspektion« und »Vormundschaft und Aufsicht«, mit denen Graf Tisza nach dem Tode des Thronfolgers die Vorwürfe im ungarischen Abgeordnetenhause abgetan hat, nicht der Ausdruck einer beleidigten Autorität? Dazu die Unterscheidung »militärische Inspektion«, welche bei einer Persönlichkeit wie einem Thronfolger einem k. u. k., respektive k. k. Untertanen unmöglich einfällt oder Verständnis findet! Korrektheit und Juristerei! Gab es zur

Zeit des Militarismus für den Thronfolger auch ein »Zivil«? Eine so feine Distinktion konnte nur auf dem Boden der diplomatischen Kunst und des politischen Machtgefühls zu Hause sein.

Also **Graf Tisza** allein hatte trotz aller Warnungen keine Kenntnis von der Reise und nach Tiszas Aussage wußte auch das gemeinsame Finanzministerium, welches seit jeher nur eine magyarische Expositur war, nicht viel mehr? Graf Tisza hat keine offenen, ehrlichen Worte zu seiner Verteidigung vorgebracht!

Graf Stürgkh war nur eine politische Scheinexistenz ohne Eigenwillen.

Der damalige **gemeinsame Finanzminister,** der an der Katastrophe schuldig erachtet wurde, fühlte sich verpflichtet, sich zu rechtfertigen, und legte zu seiner Rechtfertigung das entsprechende Aktenmaterial vor.

Der Thronfolger aber wollte sich nicht von einer ihn und seine Pläne vor den Völkern mißkreditierenden Gesellschaft begleiten lassen! Das war der Sinn der »militärischen Inspektion«. Oder soll noch vielleicht irgend ein in der letzten Aufregung nach dem ersten Attentat etwa ausgesprochenes Wort die gänzliche Unterlassung der Sicherheitsvorkehrungen rechtfertigen?!

Wie sah es aus am Zielpunkte der Reise des Thronfolgers? Durch wessen Schuld?

Der Süden war ein politisch unterwühlter Boden. Es gab nicht nur ein Balkanproblem, es gab auch ein Großösterreich, auch eine Frage der magyarischen Machthaber usw., es war eine politische Atmosphäre voll Zündstoff. Die Reibungen zwischen Österreich und Serbien nahmen ihren Fortgang und ebenso die inneren Konflikte in Kroatien und Bosnien. Und unser ganzes Südland stand unter der Vormundschaft der magyarischen Oligarchie!

Hören wir über die Fähigkeiten und die brutale politische Tätigkeit ihrer Führer und über die Wirkung ihrer Nationalitätenpolitik allerdings die Stimme eines Warnenden und Rufenden in der Wüste! Das ferne England war über diese Verhältnisse genau informiert.

»Danzer's Armee-Zeitung« vom 9. Juni 1910 berichtete unter dem Titel »Asiatische Wahlen«:

Man ist es ja gewohnt, daß die ungarischen Wahlen stets im Zeichen der Pression und des Terrorismus stattfinden. Was aber diesmal in Ungarn geschah, war viel mehr, war eine brutale Unterdrückung jedweder politischen und persönlichen Freiheit, wobei die Regierungssbirren kein einziges der vielen ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Mittelchen zur Erreichung ihrer niederträchtigen Ziele anzuwenden vergaßen.

Alles, was hier im nachfolgenden angeführt ist, kann dokumentarisch nachgewiesen werden. Dies sei ausdrücklich betont, damit die öffentliche Meinung in Österreich nicht glaube, daß diese haarsträubenden Dinge Produkte einer lebhaften Phantasie seien.

Der bei den Wahlen in Szene gesetzte Vergewaltigungsapparat begann in dem Moment zu funktionieren, als die Obergespanernennungen nach dem Gutdünken **Tiszas** erfolgten. Dieser betraute mit diesen wichtigen Funktionen seine willigen Kreaturen, die ebenso wir ihr Abgott das einzige Heil Ungarns in der politischen Vernichtung der ungarländischen Nationalitäten erblicken.

Das Urteil über **Khuen-Hederváry** lautete an gleicher Stelle:

Und wenn ein Staatsmann an leitender und so verantwortungsvoller Stelle derartige Unwahrheiten bewußt sagt, dann ist er des Vertrauens der maßgebenden Kreise nicht mehr würdig, denn so wie er gestern Millionen von Staatsbürgern gewaltsam ihre Freiheit und ihre Rechte raubte, wird er morgen nicht anstehen, die Krone zu betrügen und das ihr gegebene Versprechen der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes mit Füßen zu treten. Die Nationalitäten Ungarns sind grenzenlos erbittert. Ihr Vertrauen zu allem, was ihnen bisher heilig war, ist mächtig erschüttert. Dem Reiche kann nichts gutes daraus erwachsen.

Diese asiatischen Wahlen bilden den Ausgangspunkt neuer erbitterter Kämpfe in Ungarn und schwerlich wird es noch gelingen, die jetzt durch die beispiellose Barbarei der magyarischen Gewalthaber aufgerissene Kluft zwischen den Völkern Ungarns zu überbrücken.

Die Kosten dieser wahnsinnigen Politik des Ausspielens einer Landesnation gegen die andere würde niemand anderer als die Monarchie zu tragen haben.

»Danzer's Armee-Zeitung«, 9. Juni 1910, S. 6:

...War dieser Vernichtungsfeldzug gegen die Nationalitäten gerechtfertigt? Lag er im Interesse der Monarchie und Ungarns?

Man sehe sich den Erfolg näher an. Die Nationalitäten, die bisher im Rahmen der Verfassung und mit legalen Mitteln ihre Rechte zu erkämpfen trachteten, wurden jetzt durch die nichts weniger als politische Haltung Khuens und Konsorten auf den Kampf außerhalb des Parlaments verwiesen, und da sie hier im Lande niemanden gefunden haben, der sich ihrer annimmt, da sie zu wiederholten Malen dem magyarischen Chauvinismus geopfert wurden, beginnen sie sich zu erinnern, wie es andere Nationen anstellten, um ihre zertretenen Rechte zu finden; Stimmen wurden laut, die die Anrufung der öffentlichen Meinung Europas anraten... Sicher ist, daß das brutale Vorgehen der ungarischen Regierung den Nationalitäten gegenüber ihre dynastische Treue erschüttert hat, daß die Bande, welche bisher diese Nationalitäten an das Reich fesselten, gelockert wurden, und daß hier ein Fehler begangen wurde, dessen Folgen nicht abzusehen sind. Und warum? Weil man in Wien so naiv ist, zu glauben, daß diese Regierung es mit den Interessen des Reiches ehrlich meint. Die Enttäuschung wird nicht lange auf sich warten lassen. Schon jetzt werden Stimmen laut, welche kategorisch fordern, daß die Regierung die erlangte Macht zur Geltendmachung der magyarischen Forderungen in Wien ausnütze.

Warten wir den Moment ab, wo Tisza seine Rechnung in Wien präsentieren wird. Da wird so mancher staunen.

Bis zum 28. Juni 1914 konnte Graf Tisza seine Rechnungen nicht präsentieren. — — —

Über die Wirkung der gewalttätigen magyarischen Nationalitätenpolitik auf das Ausland wurde bereits 1910 vorausgesagt:

Gerade unser auswärtiges Amt hat die allergeringste Ursache, sich des gewaltigen Sieges Tiszas zu erfreuen, denn schon die bisher in Rumänien lautgewordenen Stimmen lassen deutlich erkennen, daß die im befreundeten Königreiche an-

gesichts der Gewalttätigkeit der ungarischen Regierung den Rumänen gegenüber einen Frontwechsel in der auswärtigen Politik fordert. (»Danzer's Armee-Zeitung«, 9. Juni 1910, S. 6.)

Die Monarchie war voll nationaler Probleme und schwerer Sorgen für die Zukunft.

Bei allen Nationen, welche nicht bereits einen abgeschlossenen Nationalstaat bilden, bestehen ihre Einigungsbestrebungen; sie alle haben ihre All- und Pan ... isten; viel wichtiger ist zu wissen, ob dieselben zunehmen, in welchem Maße und warum? Was sind ihre treibenden, ihre anziehenden und abstoßenden Kräfte? — Dagegen haben die gemischtnationalen Staaten ihre Irredenta. Je geringer die Aussichten, fremde Nationen »aufzusaugen«, desto größer der Verzweiflungskampf! Der Richterstuhl für diese Kräfte war aber nicht die Vernunft, sondern die herrschende Macht. Das nationale Moment ist für den Bestand des Staates und seine Entstehung nicht allein maßgebend, sondern auch die wirtschaftlichen und kulturellen Ideen; sie alle sind notwendig und brauchen einen Ausgleich: der Staat aber hat im Kreuzungspunkte derselben seinen Vertreter — sein Oberhaupt.

Das Staatsoberhaupt und das Volk ergänzen sich; des einen Schwäche ist des anderen Stärke.

In der Zeit, wo die Kronen wanken und in die Kunstkammern wandern, spreche ich hier über die Schuld vom persönlich-menschlichen Standpunkte; bei jeder aufstrebenden Nation ist ja ein gewisser Imperialismus zu Hause, welcher Abwehrkräfte entfesseln kann. Man muß ihn zähmen und bewachen! Träfe aber den Kaiser Wilhelm an dem Kriege keine andere Schuld, als daß er einer »gefährdeten« Dynastie und verbündeten Monarchie impulsiv zu Hilfe eilte, so wurde auch er ein Opfer des von Khuen und Tisza beherrschten und »unterwühlten« Bodens und der »verlotterten Wirtschaft«. Um Ordnung zu machen und zu haben, dazu gehörte stets ein Wille und eine Persönlichkeit. Nicht ein Spielball politischer Winde! Die moderne Zeit hat neue Lebenskräfte entfesselt. Ihre Losung heißt: Weg mit dem Weltfremden; nicht Zeremonie, persönliche Pflicht; für das Volk aus dem Volke! Ich aber gestehe es aufrichtig, daß mir die Persönlichkeit, welche im Guten wie in dem, was Böses gebären mußte, über die Schnur haute, sympathischer war als eine, die sich nur über alles »freute«. Wir

Euer Hochwürden !

Es ist niederträchtig, dass diese Person Sophie Hohenberg, welche trotz ihren skandalösen Ruf, (beim Volk nicht anders „ böhmische Hu[illegible]bestie " benannt) noch zu Veranstaltungen, kirchlichen Festen, Patenstellen u.s.w. zugelassen wird. Nicht genug der bekannten Skandale „ Nagl " und dergleichen mehr.

Dieser böhmische Trampl / die den Frieden im ganzen Lande aufs empfindlichste gestört / muss noch unter Mördershand krepieren.

Nieder mit dem Estehund und der böhmischen Drecksau! !

N. B.

(An sämtliche Vereine, Pfarreien etz. versendet.)

hatten daran keine Freude. Auch Franz Ferdinand nicht. Ein Kampf neuer Ideen gegen veraltetes Rüstzeug in Österreich!

Das österreichisch-ungarische Problem mußte gelöst werden, und dies war auf friedlichem Wege möglich. Man brauchte nur dem natürlichen Drängen der Völker und des Zeitgeistes zu folgen.

»Österreich ist der einzige Staat, der den Versuch macht, Völker verschiedener Abstammung und Kultur auf der Grundlage der nationalen Eigenberechtigung zu friedlichem Zusammenleben zu vereinigen und ihre Kräfte für die Gesamtwohlfahrt im Rahmen einer Großmachtbildung zusammenzufassen.« (»Frankfurter Zeitung«, 21. Juni 1914.)

Ruedorffer (Kurt Rietzler), Grundzüge der Weltpolitik, Stuttgart-Berlin 1914, S. 67/68, sagt über das österreichische Problem: Die Steigerung des nationalen Lebenswillens der einzelnen Völkerschaften [ist] nicht gegen den Bestand der Monarchie gerichtet. Ja, man kann sagen, die stärkste ued verläßlichste Stütze finde die Monarchie gerade in dem Lebenswillen der nationalen Völkerschaften.

Über den Einfluß nationaler Ideen und die Möglichkeit, ihre Entwicklung ohne Katastrophen in natürliche Bahnen zu lenken, sagte die »Militärische Rundschau« das Richtige (2. Juli 1914): »Die großserbische Agitation als solche stellt sich als der Ausfluß einer großen, nationalen und historischen Idee dar, die in ihren derzeitigen Erscheinungen den österreichischen Staatsgedanken bedroht. Derartige große Bewegungen und historische Prozesse lassen sich im allgemeinen wohl eindämmen und verzögern, aber nie gänzlich aufhalten und aus der Welt schaffen. Eine gesunde Politik muß mit ihnen rechnen und muß verstehen, ihnen die Spitze abzubrechen und sie den eigenen Absichten dienlich zu machen... Bisher hat man jedoch wenig dazu getan, um aus der Geschichte zu lernen... Auch die Einigung der Südslawen wird sich auf die Dauer nicht aufhalten lassen, die darauf abzielenden Bestrebungen können aber von einer klugen und vorausschauenden Politik in Bahnen gelenkt werden, die unserem Staats-

gedanken und dem Interesse der Habsburgischen Monarchie zum mindesten nicht zuwiderlaufen. Diese Erkenntnis hat der verblichene Thronfolger besessen.«

Der Thronfolger Franz Ferdinand war eine impulsive, militärisch gerade Natur, welche keine diplomatischen Ausdrücke gebrauchte. Und sollte der Thronfolger nur Militär sein? Mit verbrieften Rechten, und keinem Blick für die Zukunft? Auch wenn ihm die Kenntnis der Gegenwart und die Ausblicke für die Zukunft Pflichtgefühle auslösten? Für den »Korrekten« ein Konflikt. Des Thronfolgers Pflichtgefühl aber siegte! Seine Worte für Österreich-Ungarn: »eine verlotterte Wirtschaft, die er in Ordnung bringen müsse«, waren auch ein ganz deutliches, dankbares Programm. Und für Ungarn die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes! Dies bedeutete das Ende der magyarischen Vorherrschaft. Vor diesen Zukunftsplänen aber bangte es gar manchem, der sich dazu sein aufrichtigstes »Gott erhalte« wünschte. Der Thronfolger Franz Ferdinand war bis zum letzten Atemzuge Großösterreicher. Ob er sich etwa in irgend welche Berliner Machenschaften hineinziehen ließ, weiß ich nicht, aber er legte sich die Frage vor: »Ob mich Wilhelm nicht täuscht?«

Des Thronfolgers Großösterreich und Tisza's Wege kreuzten sich zielbewußt, machtvoll und persönlich. Die beiden Gegner hatten offenes Visier, ein Kampf um Sein und Nichtsein. Tisza wurde auch von Franz Ferdinand nie empfangen.

Aus dem Berichte eines russischen Militärattachés über Österreich-Ungarn vom 23. Juni 1914 hören wir höchst charakteristische Bemerkungen über die Träger der damaligen obersten Gewalt:

»Eine Gruppe reicher, mächtiger Aristokraten hat sich in Ungarn zusammengetan und unter der ständigen versteckten Drohung der Revolution oder des Hochverrates eine derartige Einschüchterung der Wiener Kreise bewirkt, daß die Krone zugunsten dieser Clique zeitweise nahezu auf jede wirkliche Macht verzichtete. Seither hat diese Clique eine Gewaltherrschaft ohnegleichen organisiert.

Nahezu die halbe Bevölkerung wird unterdrückt und zum Haß gegen den Staat erzogen. Rumänen, Serben, Kroaten, Ruthenen und Slowaken, diese grundverschiedenen Individualitäten, werden infolge dieser Gewaltherrschaft zu einer Idee

zusammengeschweißt, zum Irredentismus. Ja, im magyarischen Lager selbst wird die Opposition zu einer Art revolutionärer Partei umgestempelt.

Es ist wohl zweifellos, daß das Projekt der Oligarchenpartei, alle Nationen des Staates zu entmannen und mit Gewalt zu magyarisieren, nur zu einer Staatstragödie führen kann...

Das Charakteristische am magyarischen Pseudo-Parlamentarismus ist, daß die Krone fast die ganze Gewalt den Oligarchen abgetreten hat.« (»Danzer's Armee-Zeitung«, 16. Juli 1914.)

Das Haupt dieser Oligarchie, der »ungekrönte König«, war Graf Tisza.

Und die Vertretung der österreichisch-ungarischen politischen Interessen am Balkan?

Es gab kein herberes Urteil über die Unkenntnis und das Treiben der magyarischen Forgách-Mission in Belgrad, als in einem Leitartikel der damaligen »Bosnischen Post«. (Das Original habe ich leider nicht mehr zur Hand.) Auch die »Frankfurter Zeitung« ließ sich öfters hören, und das Treiben österreichisch-ungarischerseits gegen den deutschen Konsul in Belgrad, der die Situation besser gekannt hat als die k. u. k. Vertretung, darf nicht unerwähnt bleiben.

Die sonstige Verläßlichkeit und politische Tätigkeit der k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad und ihrer Gewährsmänner stand seit dem Friedjung-Prozeß im Dezember 1909 und seit dem Geständnis ihres Gehilfen Vasić, welcher in Belgrad am 23. Dezember 1910 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er Beziehungen zu einer fremden Mission unterhielt und an der Fälschung von Dokumenten teilnahm, die den serbischen Staat schädigen sollten, nicht ganz außer Zweifel. (Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, München 1911, Band 51, Seite 632.)

Solchen Händen war das Wohl und Wehe der Monarchie anvertraut!

Die neue Zeit wird auch unsere einstige, das heißt die ungarische Wirtschaftspolitik dem Balkan gegenüber in einem ganz anderen, unabhängigen, den Volksinteressen gegenüber aufrichtigeren Urteile erscheinen lassen. Reichsritter

v. Hohenblum! Die serbischen Schweine und das argentinische Fleisch!

Die Machtfaktoren Österreich-Ungarns waren »staatserhaltend«; ihre Erhaltungstriebe aber wurzelten nicht im Interesse der Völker der Monarchie, sondern in — ihrer eigenen Vergangenheit. Die Völker hier und drüben hatten nichts zu sagen, nur die »Nation« — das heißt die magyarischen Grafen und Magnaten herrschten. Die Sonderinteressen dieser Oligarchie könnten in Frage kommen und es hieß — die Gesamtmonarchie in Gefahr!

Und seit 1867 bestimmten über die Lebensinteressen Österreich-Ungarns: die Grafen Andrássy, Apponyi und Tisza!

Es klang tragisch, als man nach dem magyarischen Undank den Stoßseufzer eines Staatsrechtslehrers hörte: »wie man den Magyaren zuliebe die Ausgleichsgesetze von 1867 biegen und drehen mußte«!

Der Ausgleich war ein Oktroi zugunsten der Magyaren.

Unserer Meinungsmache über den Balkan möchte ich das humorvolle Urteil über die Kenntnisquellen derselben das Urteil eines Schweizer Arztes aus seinen Erlebnissen auf dem serbisch-türkischen Kriegsschauplatze 1912, betitelt »An der serbischen Front«, Basel 1913, gegenüberstellen. Dr. A. Vischer sagt auf S. 6: Wir schickten mehrere telegraphische Anfragen an die Roten Kreuze der Balkanstaaten. Vom serbischen Roten Kreuz kam in kurzer Zeit schon die Antwort. Auch vom serbischen Kriegsministerium kam bald klarer Bescheid. Das »Wohin?« war für uns dadurch entschieden; wir einigten uns für Serbien; und S. 9: Über die Serben selbst scheinen sich die meisten Leute ihre Ansicht aus dem »Simplizissimus« geholt zu haben; Serbien stand so ziemlich im schlechtesten Rufe von allen Balkanvölkern. S. 29: Wir bemerkten nichts von dem durch die Karikaturen des »Simplizissimus« fast sprichwörtlich gewordenen Schmutz der Serben...

So sprach ein deutscher Arzt.

Und war der unvergeßliche Prochaska-Skandal etwas anderes als ein tragi-komisches Kabarettstück der k. u. k. Diplomatie auf Kosten der Völker?!

Noch unmittelbar vor dem Tode des Thronfolgers traf die »Frankfurter Zeitung« (21. Juni 1914) den Kernpunkt des österreichisch-ungarischen Problems, indem sie schrieb, daß »der

Übergang von einem zentralistisch-absolutistischen zum konstitutionell-demokratischen, national-indifferenten Regime vollzogen werden müsse und die lange in ihrer Entwicklung gehemmten nichtdeutschen Völkerschaften nun das Versäumte in rücksichtslosem Sturmlauf nachholen wollen«.

Wie dieser rücksichtslose Sturmlauf der Völkerschaften um ihre Freiheit aussah und wie er sich äußerte, wenn die politischen Wogen einen Höhepunkt erreichten, mußten ja die Beherrscher des Südlandes am besten wissen!

Zehn Tage nach der Rückkehr des Kaisers Franz Josef aus Bosnien, am 15. Juni des Jahres 1910, fand ein Attentat statt auf den Landeschef von Bosnien General Varešanin, 1912 auf den königlichen Kommissär und Banus Cuvaj in Agram, 1913 auf den königlichen Kommissär Baron Skerlecz und nochmals auf denselben am 20. Mai 1914.

Haben des Grafen Tisza und des Grafen Khuen-Hederváry Politik und Moral nicht Alles dazu beigetragen, und bei den jugendlichen politischen Fanatikern Schule gemacht?

Der 28. Juni war ein jährlich wiederkehrender serbisch-nationaler Trauertag.

Wie dieser 525. Gedenktag gefeiert wurde und welche Bedeutung er hatte, berichtete unsere Gesandtschaft in Belgrad am 29. Juni 1914 (diplom. Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914, Wien 1915):

»Gestern, den 28. Juni, wurde der Jahrestag der Schlacht am Amselfelde festlicher als sonst begangen und der serbische Patriot Miloš Obilić gefeiert, der 1398 mit zwei Gefährten den siegreichen Murad meuchlings erstochen hat.

Wo Serben leben, gilt Obilić als der Nationalheros. An die Stelle der Türken sind aber — dank der unter der Ägide der königlichen Regierung gezüchteten Propaganda und der seit Jahren betriebenen Preßhetze — nunmehr wir als die Erbfeinde getreten.«

Die Bedeutung des Tages konnte niemandem unbekannt sein. —

Der Thronfolger mußte gerade damals nach Bosnien, um seine Pflicht zu erfüllen.

Das Ausprobieren der Schlagkraft der Armee konnte nach den Ereignissen der vorhergehenden Jahre nicht seine politische Aufgabe verhüllen. Der Generalinspektor der gesamten bewaffneten Macht aber mußte nach Bosnien; er selbst hat nicht hinab gewollt.

Und die Sicherheitsvorkehrungen? — Sie fehlten überall!

Franz Ferdinand fiel als Opfer einer Intrige und als Opfer offizieller österreichisch-ungarischer Nationalitätenpolitik.

Man säte Zwietracht unter den Völkern, man raubte ihnen alle Rechte, man unterdrückte sie, man mißkreditierte sie vor der ganzen Welt durch die »Justizprozesse«. Das Ministerium des Äußern hat Berichte aus dem Süden mit »Aufputz« versehen, und jeder Tag bringt Schandtaten ans Licht, welche im Namen einer höheren Kultur getrieben wurden!

Die Herrscher und ihre Nachfolger werden überall bewacht; den Kaiser selbst schützte man auf das sorgfältigste, den Thronfolger wollte man nicht schützen. Und er mußte hinab. Die Schuld an jeder falschen Bahnweichenstellung wird untersucht und bestraft, in Bosnien und bei den Lenkern des Staates aber fand man keinen Schuldigen. Potioreks Feldherrntalent wurde sogar bald ausgezeichnet durch ein — Ehrendoktorat, seine Paralyse entdeckte man erst, nachdem sein Feldherrnlorbeerkranz zerpflückt war. Die Warnungen aber wurden überall ad acta gelegt; daß auch serbische vorhanden waren, davon wollte man auch später nichts hören, als das Unheil im Gange war; man unterdrückte die Untersuchung.

Das Verbrechen geschah und drängte nach Sühne. Dank der alten politischen Hetze gewann das Militär die Oberhand. Man entschied über Schuld und Sühne! Die Sühne des Todes wurde dem Schwerte anvertraut, denn »die Lebensinteressen Österreichs-Ungarns und selbst unserer Dynastie schienen bedroht«. Ein erprobter Bundesgenosse mußte helfen »getreu seinen Allianzverpflichtungen« (Graf Szecsen an Graf Berchtold, Telegramm Paris, 24. Juli 1914).

Der Kriegslärm aber konnte eine **Schuldfrage** nur übertönen, nicht beantworten. — —

»Die königlich serbische Regierung weist in der energischesten Weise das Attentat von Sarajewo zurück und wird ihrerseits gewiß und in loyalster Weise alles tun, um zu beweisen, daß wir auf ihrem Territorium keinerlei Agitation oder Unternehmung dulden werden, welche unseren ohnehin schon so heiklen Beziehungen zu Österreich-Ungarn schaden könnten. Trotz aller Hindernisse, die durch die österreichisch-ungarische Diplomatie geschaffen wurden (Gründung eines unabhängigen Albaniens, Hinderung eines freien Zuganges Serbiens an die Adria, Verlangen der Revision des Bukarester Friedens, Ultimatum im Monate September usw.), beharrt die serbische Regierung in ihrem Wunsche, unsere nachbarlichen Beziehungen auf starker Grundlage wieder herzustellen. Das Attentat von Sarajewo kann und darf diese Aufgabe nicht aufhalten.«

Dies sagte der Vertreter Serbiens dem k. u. k. Ministerium des Äußern nach dem Attentate und schrieb am 30. Juni 1914 nach Belgrad, und Pašić berichtete an alle königlichen Gesandtschaften am 1. Juli 1914:

»Die österreichisch-ungarische Presse klagt immer mehr Serbien des Attentates von Sarajewo an. Der Zweck ist augenscheinlich! Man will den großen moralischen Kredit, den Serbien heute in Europa genießt, untergraben und die wahnsinnige Tat eines exaltierten jungen Fanatikers gegen Serbien politisch ausnützen. Das Attentat von Sarajewo hat jedoch in allen Gesellschaftsklassen die strengste Zurückweisung gefunden. In den offiziellen und inoffiziellen Kreisen hat man sofort verstanden, daß dieses Ereignis die ungünstigste Einwirkung auf unsere nachbarlichen Beziehungen und auf das Leben der Serben in Österreich-Ungarn haben werde, was auch die letzten Ereignisse bestätigten. Es wäre absurd zu glauben, daß Serbien in dem Augenblicke, wo es alles tut, um die Beziehungen zur Nachbarmonarchie besser und immer freundschaftlicher zu gestalten, imstande gewesen wäre, solche Akte direkt oder indirekt hervorzubringen. Ganz im Gegenteil. Serbien hatte selbst ein Interesse daran, daß das Verbrechen vermieden worden wäre, leider lag dies nicht in seiner Macht; die beiden Urheber des Attentates sind österreichische Untertanen. Serbien war immer auf seiner Hut.«

Ich habe seit dem März 1915 über die serbischen Warnungen, das Fehlen der Sicherheitsvorkehrungen und den Ur-

sprungsort der gemeinsten Schmähungen des Thronfolgers und seiner Gemahlin und später über die Art der Untersuchung wiederholt Anzeigen erstattet: bei der Polizeidirektion, dem Baron Wetschl, dem Chef der Militärkanzlei und dem Obersthofmeister Fürst Montenuovo. Ich habe gewußt, wie hoch die persönliche Feindschaft ging; daß ich aber durch meine Anzeigen ein »großzügiges« politisches Konzept störte, brachte mir der hartnäckige Widerstand gegen die Untersuchung zum Bewußtsein. Tausende Justizverbrechen wurden »im Namen Seiner Majestät« begangen, dem Thronfolger aber konnte selbst der Kaiser Franz Josef nicht helfen. Der Zeuge war ja nur »ein südslawischer Fanatiker, der gleich nach der Kriegserklärung behauptet hat, der Krieg sei nicht notwendig gewesen, man hätte sich durch diplomatische Verhandlungen über die Schuld an dem Morde Aufklärung verschaffen können«.

Man war über den Mord überall furchtbar empört. Was man aber jetzt als politisches Geheimnis entdeckt, daß das Ultimatum nur als Kriegsvorwand gedacht gewesen sei, hat man bereits in Deutschland damals als »Geheimnis« gehört. Die hohe »geheime« Staatsweisheit hatte ihren gesicherten Rückhalt!

Graf Tisza fühlte sich im fünften Kriegsjahre bei der allgemeinen Abrechnung verpflichtet, im ungarischen Abgeordnetenhause am 22. Oktober 1918 über seine Politik und seine Absichten Serbien gegenüber als ungarischer Ministerpräsident von 1914 zu sprechen; damit zeigte er gerade, wie er seinen unbeugsamen Willen durchsetzte, und daß eben Graf Tisza allein der ausschlaggebende Machtfaktor im Rate der Krone war und Östereich-Ungarns Geschicke leitete. Der Vertreter der Militärmacht mußte dem »ungekrönten König« gegenüber seinen Eroberungsstandpunkt aufgeben und die Serben mußten »gezüchtigt« werden.

Diese »Züchtigung« bedeutete aber nur ein zielbewußtes Durchsetzen des magyarischen Standpunktes und seiner Interessen in der österreichisch-ungarischen Politik; die Monarchie, insbesondere hier die Magyaren; konnte weder mehr Slawen noch mehr Agrarier brauchen. Daher die Mäßigung!

Im Jahre 1878 stand man gleichfalls vor einem solchen Problem. Die ganze magyarische Sympathie hat der zerfallen-

den Türkei nicht mehr helfen können und, um das Entstehen eines mächtigen südslawischen Reiches zu verhindern, hat Graf Andrássy das vom Türkenjoche sich befreien wollende Land in die »Verwaltung« übernommen.

Graf Tisza ist sicherlich nicht nach vier Kriegsmonaten am 30. November 1914 plötzlich zu einer neuen politischen Erkenntnis gekommen, als er im ungarischen Abgeordnetenhause erklärte: »Der Krieg ist heute mehr als jemals nicht bloß ein Ringen der Armeen, sondern der Völker und Nationen!«

Die Verwaltung Bosniens und die »Züchtigung« Serbiens waren die Lösung eines nationalen Problems nach magyarischer Methode.

Graf Tisza hat an einen solchen Völkerkrieg nicht gedacht, aber das Feuer im Süden, welches er legte und schürte, brachte diesen Weltbrand hervor! Der Balkan war Europas Achillesferse! — — —

Der Thronfolger wurde in eine Falle gelockt und fiel dort als Opfer der magyarischen Südslawenpolitik!

Die Schuld an dem Morde von Sarajewo tragen jene *mächtigen, skrupellosen Hände*, welche über die Macht und das Recht verfügten, nach so *vielen Warnungen die Ausgaben für die Sicherheit des Thronfolgers* in Bosnien *zu verweigern!*

Schuld an dem Ausbruche des Weltkrieges ist Graf Tisza, weil er nach dem Morde des Thronfolgers, bei der *Gewissensfrage nach Schuld und Sühne*, eine *Brandfackel in die mit Zündstoff gefüllte Weltatmosphäre trug!*

Schuld an dem Weltkriege ist dieser *mächtigste Ratgeber* der Krone Kaiser Franz Josefs, welcher nach *Unterlassung aller Sicherheitsvorkehrungen nach dem Morde von Sarajewo noch eine Kriegserklärung* durchzusetzen wagte!

Die behördliche Untersuchung über die Schmähbriefe im Schlosse Belvedere und meine Anzeige über die serbischen Warnungen.

Der Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gemahlin die Herzogin von Hohenberg hatten verschiedene Gegner und Feinde, zu denen Menschen niederster Gattung gehörten, welche den Erzherzog, besonders aber die Herzogin mit Verleumdungen und Schmähungen verfolgten. Dies wußte auch die Polizei. Die Schmähbriefe aus dem letzten Monate vor dem Tode beider gehören zu den schandvollsten Produkten dieser Art und verraten auch einem ungeschulten Auge durch ihre äußere Form eine unschwer zu bestimmende Herkunft. Mir wurde es wiederholt bestätigt. Der Thronfolger verlangte von der k. k. Polizei eine Untersuchung. Ganze Pakete von Pamphleten wurden aufgegeben; Erzherzöge, verschiedene andere Persönlichkeiten, Vereine, Pfarrämter usw. waren die Empfänger; mehrfache Anzeigen wurden darüber gemacht.

Es würde zu weit führen, wenn man an dieser Stelle die sonstige Findigkeit der k. k. Behörden in Parallele stellen wollte; die Wiener k. k. Polizeidirektion und später auch das k. k. Landesgericht kamen zu keinem Resultate. Mir wurde von Kennern der k. k. Justiz vorausgesagt, daß ich selbst in Untersuchung käme, wenn ich nicht von dem Vorhaben, eine Untersuchung durchzusetzen, ablasse. Es sei ein heikles Thema! Wenn der Thronfolger und seine Gemahlin so schimpflich behandelt werden? Ich wollte es nicht glauben.

Wäre der Täter eine mächtige Persönlichkeit, dann wäre es ja begreiflich, daß ein gewisser Mut dazu gehörte, gegen dieselbe zu amtshandeln. Ist es aber einer von den vielen Namenlosen, gegen welchen die Behörden nicht einschreiten wollen, so fragt man sich: was soll da verborgen bleiben? Auch aus der Art der Untersuchung kann man Schlüsse ziehen. Mein Berater Herr Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Gustav Morgenstern entgegnete mir skeptisch, als ich ihm einmal mitteilte, daß die Mutter des verstorbenen Thronfolgers selbst ernstlich

eine Untersuchung wolle: »Den Behörden kenne man es bereits am Augenzwinkern an, wo sie hinauskommen. Es werde nicht untersucht werden.« Ich glaubte es kaum, aber Dr. Morgenstern behielt Recht.

Daß der Täter im erzherzoglichen Obersthofmeisteramte saß, hat auch die Polizei vor meinem mitgebrachten Zeugen zuerst ehrlich eingestanden. Der Präsident Baron Gorup fügte noch hinzu, daß er sich nicht mehr erinnern könne, warum die Untersuchung niedergeschlagen worden sei, und ließ den Chef der Staatspolizei kommen, der werde das Weitere machen. Ich meldete auch dem Polizeirat Schober vom Verschwinden des »alten Schragens« (Schreibmaschine) usw. Man holte sich Weisungen und die Polizei tat dann — ihre Pflicht. Ich aber machte ihr und dem Obersthofmeisteramte — »Schwierigkeiten«.

Ich schrieb auch Ihrer kaiserlichen Hoheit einen Brief, wie man es nach dem Ratschlage meines Rechtsbeistandes machen müsse, um bei der k. k. Justiz in heiklen Angelegenheiten zu einem Erfolge zu kommen: »Ehrliche, unabhängige Männer von Einfluß müßten den Fall zuerst untersuchen und dadurch der k. k. Justiz eine bereits gebundene Marschroute geben.« Dies kam auch bei meiner letzten Verantwortung zu Protokoll.

Ich selbst mußte mich schließlich wegen Verbrechens verantworten! Mein Berater prophezeite mir, daß das Ganze unter irgend einem Vorwande ad acta gelegt werden würde. Wenn im Laufe von drei Jahren gar viele Gründe gefunden wurden, welche die Untersuchung nicht weiter brachten, so wird man ja auch mit diesem nicht in Verlegenheit gekommen sein.

Ich meldete, daß die Pamphlete von einer Stelle herrühren, deren nähere Untersuchung auch von politischer Wichtigkeit sei. Dort seien Warnungen vorhanden gewesen, von denen ich eine als von Pasić herrührend bezeichnete. Es war zu einer Zeit, als man mit Bestimmtheit von serbischen Verhandlungen hörte. Der Obersthofmeister Fürst Montenuovo (an ihn wurde ich von einer Persönlichkeit gewiesen) hat den ganzen Zusammenhang wohl verstanden. Der Beamte des erzherzoglichen Obersthofmeisteramtes im Belvedere, welcher Schmähbriefe verfaßt hatte, habe auch verschiedene Warnungen, darunter diese eine derzeit wichtige, beseitigt.

Nach zwei Tagen fand meine Einvernahme bei der Polizei statt. Der Polizeirat schrie aufgeregt, als ob ich mich überhaupt nicht verständigen könnte. Meine Vermutung, daß auch ein Arzt beigezogen wurde, fand ich später bestätigt. »Der Zeuge leidet natürlich an beginnender Paranoia (Verrücktheit).« Auf meinen späteren Protest erwiderte man mir, Polizeirat Dr. E. habe gefehlt und der Arzt, Regierungsrat M., sei kein Fachmann gewesen.

Die Polizei bekam auch ein Zeugnis: Der Zeuge, ein südslawischer Fanatiker, welcher sich bereits im Sommer 1914 geäußert hat, »der Krieg sei nicht notwendig gewesen; über den Mord hätte man sich durch diplomatische Verhandlungen Aufklärung schaffen können.«

Andere Aussagen gegen mich enthalten deutliche Suggestivantworten. Warum stellte man sie?

»Die Schrift ist die eines anderen,« so hieß es.

Der andere Beamte des erzherzoglichen Obersthofmeisteramtes wurde verhaftet und wochenlang saß er in der Untersuchung. Nach der Behauptung der Polizei läge manches gegen ihn vor.

Als ich einmal nach einer Vorladung den oben genannten Advokaten mitbrachte, damit ich mich leichter mit der Polizei verständige, da brauchte man keine Aufklärung und kein Protokoll.

Von dem, was ich behauptete, war stets das Gegenteil bewiesen. Diese amtlichen Beweise bestanden aber nicht die Feuerprobe. Als ich mich beim Landesgerichte auf den Zeugen berief zur Bestätigung, daß die Polizei selbst zuerst das Richtige gestanden habe, wurde dieser Zeuge gar nicht einvernommen. Auch die amtlichen Beweise der Schriftexperten waren von sehr zweifelhaftem Werte. Ich habe Gutachten als Bestätigung für die Richtigkeit meiner Behauptung von zwei beeideten österreichischen Schriftexperten vorgelegt, und einer der ersten deutschen Gerichtsgraphologen (Langenbruch in Berlin) kam bereits auf Grund nur eines schlecht photographierten Briefes zu dem Resultate — »nicht unerhebliche Wahrscheinlichkeit«. Und ich selbst habe eine sehr ausführliche Eingabe gemacht, daß es sich ganz unzweideutig um zwei grundverschiedene Hände handle und daß der Verhaftete aus diesen mir bekannten Gründen nicht der Verfasser und Schrei-

ber sein könne. Zum Schlusse mußte doch der andere, gegen den soviel amtliches »Beweismaterial« vorlag, freigelassen werden.

Alle, denen von Amts wegen ein höheres Pflichtgefühl zukam, wußten von der Anzeige; ihr Beirat war Landesgerichtsrat i. P. Advokat Dr. Stritzl, ein tüchtiger Mann, welcher wegen seiner verschiedenen Verdienste eine Auszeichnung bekam, wie sie der wackere Anführer, welcher drei Jahre unsere Südfront hielt, bekommen sollte — die Baronie. Keiner von diesen Wackeren konnte aber die Untersuchung so durchführen lassen, daß man darauf gekommen wäre, welcher von den zwei in Betracht kommenden Beamten die Ehre des Thronfolgers und seiner Gemahlin in einer so unerhörten Art beschmutzt hatte.

Die Untersuchenden haben nach vier Jahren wohl das Recht verwirkt, eine Antwort zu geben. Und wie schnell mußten sonst Tausende von »Verrätern« ihre »unpatriotischen« Handlungen mit dem Tode büßen! Bei mir aber konnten die Vertreter der Justiz kein besseres Motiv für mein Handeln finden als — Rachsucht. Oder war es ihre — Pflicht, in dieser Weise zu untersuchen?

Die ausführliche schriftliche Antwort an das k. k. Landesgericht in Wien lasse ich zum Schlusse folgen; sie ist ein Auszug meiner schriftlichen Aufzeichnungen, welche ich nach dem Tode des Thronfolgers und seiner Gemahlin und insbesondere nach dem Auffinden des Schmähbriefes machte und meinem Rechtsberater bereits im Februar 1916 zur Verfügung stellte.

Zwei Fragen, welche ich für die Wiener k. k. Polizeidirektion anfangs Juni 1915 ganz kurz zu beantworten hatte.

I. Warum sei K., der damalige provisorische Kanzleivorstand des Obersthofmeisteramtes im Belvedere, der Verfasser des Pamphletes?

Ich kenne nur den Brief mit der handschriftlichen Bemerkung, welchen ich Mitte Februar 1915 zu Gesicht bekam (4399) und nach Unterredung mit dem Beichtvater des Erzherzogs, P. Fischer, bei der Polizei abgab:

1. Der Inhalt des Briefes war mir geläufig aus dem Gespräch (eigentlich sehr aufgeregtem Selbstgespräch und Gespräch mit seiner Frau) des K., als ich am 18. (?) Juni 1914 beim Antritt meines Krankenurlaubes abends von ihm Abschied nahm:

> So zum Beispiel setzte er bei mir voraus, daß ich von dem »Nagel«skandal wissen müsse — er sagte, daß die Hoheiten »heilig« nicht mehr zurückkehren — das Schimpfwort Dr...... für Ihre Hoheit (P. Fischer sagte mir, es sei ein Lieblingsschimpfwort des K.), weil sie etwas Unwahres nicht glauben wollte usw.

2. Worte der Frau K.: »Es wäre furchtbar, wenn man drauf käme!« K.: »Es kommt niemand darauf, der alte Schragen mußte nach Konopischt verschwinden (Schreibmaschine), vernichten kann man's nicht...« (Im Sommer dürfte mit der Schreibmaschine neuerdings etwas geschehen sein, da die Sache so stehe, »daß niemand drauf kommen könnte« hörte ich im November 1914 von K.

3. Eine damit im Zusammenhang stehende, ihn aufregende Polizeianzeige, nicht für K. bestimmt, mußte verschwinden, da dieselbe etwas aufdeckte; K. sagte: »Wenn ich nicht das hineingeschrieben hätte, nur in ein paar Exemplaren, dieselben scheinen sie nicht bekommen zu haben.« — »Man hat den Bock zum Gärtner gemacht.«



4. Ich wurde am gleichen Tage, dem 18. (?) Juni von halb 10 bis 10 Uhr abends am Weggehen aus der Wohnung absichtlich von K. verhindert ... (damit ich die Hoheit nicht treffe).

5. Schuldbewußtsein des K. Als ich Mitte November 1914 nach Wien und zu ihm kam, waren seine ersten Worte: »Gauner haben wirklich Glück, statt daß wir hinausgeworfen worden wären, sind wir hoch ausgezeichnet worden und noch neue Stellen haben wir bekommen.«

6. Als Frau K. Mitte November 1914 ihren Mann fragte, ob er mir nicht die Briefe Ihrer Hoheit geben wolle, da ich nichts mehr damit machen könne, sagte K.: »Er habe sie vernichtet, habe überhaupt alles bereits im Sommer vernichtet, falls eine Untersuchung käme.«

7. Die äußere Form zeigt geübte Bureauarbeit: die Einteilung und links oben das Exhibiten-Protokollnummero, wie es im Obersthofmeisteramt Belvedere üblich war.

8. Die Schrift in meinem abgegebenen Exemplar: zwei paläographische Autoritäten bestätigten mir die Gleichheit der Hand, ich selbst bin Historiker und Paläograph.

II. Warum ich behaupte, daß Pasić, respektive sonst offiziell jemand aus Serbien gewarnt habe.

In dem Zusammenhang über die nicht vorgelegten Warnungen, welche derartigen Eindruck auf K. machten, daß er gestand, daß die Hoheiten »heilig nicht mehr zurückkommen«, sagte er seiner Frau gegenüber, scheinbar an Bekanntes anknüpfend, mit besonderer Betonung: »... selbst von dort unten ...« (den weiteren Wortlaut weiß ich nicht mehr), so daß ich unwillkürlich laut sagte: »Am Ende gar von Pasić«, obgleich ich sonst nichts über die Reise wußte, da ich beinahe mit niemandem verkehrte. Die Schwägerin des K. sagte noch aufgeregt dazu: »Das soll man doch den Hoheiten vorlegen«, worauf K. sagte: »Am Ende fahren sie dann nicht, für mich ist kein anderer Ausweg ...«

Ich nannte unwillkürlich den Namen Pasić, ohne vielleicht damals an den Minister persönlich, sondern nur an die Richtung der durch ihren Inhalt charakterisierten Warnung gedacht zu haben.

In gleichem Zusammenhange wurde ich gefragt, ob ich einen Namen kenne (derzeit nicht mehr erinnerlich), worauf ich sagte, er müsse ja im Lehmann stehen; darauf sagte K.: »Nein, nein, es müsse ein fingierter Name sein, der Betreffende muß im III. Bezirke wohnen, der Brief müsse Strohgasse, Marokkanergasse... aufgegeben worden sein.«

Ich war vom zirka 20. Juni bis 18. August in Wörishofen und las keine Zeitungen.

Anfangs Juni 1915 suchte ich im »Neuen Wiener Tagblatt« etwas über die Hohenbergsche Vormundschaft und sah zufällig eine Notiz über Besorgnisse der serbischen Regierung anläßlich der Reise des Thronfolgers und daß an »zuständiger Stelle nichts über derartige Warnungen bekannt sei«.

Da die »zuständige Stelle« eigentlich nur K. (die rechte Hand des Baron Rumerskirch) gewesen sein kann, fühlte ich mich veranlaßt zu melden, daß es notwendig wäre, der Sache nachzugehen.

Über die Warnungen und die »zuständige Stelle«, respektive »unterrichtete Seite« stand auch in den Zeitungen (Beilage II).

BEILAGE I:

Meine ausführliche schriftliche Antwort vom Anfang Dezember 1916 an das k. k. Landesgericht über den Verfasser der Schmähbriefe.

Vom ersten Augenblick an (Februar 1915), als ich das Pamphlet (mit 4399 bezeichnet) auf den Erzherzog Franz Ferdinand und die Herzogin von Hohenberg zu Gesicht bekam, hielt ich K. für den Täter und halte ihn noch dafür:

I. Der Inhalt des Pamphletes war mir aus dem Gespräche K.s mit seiner Frau und aufgeregtem Selbstgespräch, als ich nach der letzten Praterfahrt des Erzherzogs (18. [?] Juni 1914) abends zu K. ging, um Abschied zu nehmen usw., bekannt. Ich dürfte etwas nach 8 Uhr abends gekommen sein und traf die Frau und K.s Schwägerin (eine ältere, fromme, ledige Frau) zu Hause. Während Frau K. in der Küche war, fragte mich die Schwägerin, ob ich nichts über den Brief erfahren habe, wel-

cher im Schlosse Aufregung verursacht habe usw.; der Schwager werde mir es sagen. Gegen 9 Uhr kam K. nach Hause, in großer Aufregung, schimpfend über die Hoheiten und sagte, daß sie früher auf den Bahnhof weggefahren seien. Er kümmerte sich beinahe gar nicht um mich und schimpfte, meist zu seiner Frau gewendet, oder sich bewegend zwischen dem Ofen und Klavier. Es war (auch infolge einer angekündigten Untersuchung) die Aufregung eines sozusagen Entlarvten. Oft waren es mehr aufgeregte Selbstgeständnisse, er wurde sogar öfters von seiner Frau unterbrochen mit dem Hinweis »der versteht es«. Als ich fragte, was mit dem Briefe sei, von dem er mir erzählen werde, sagte K. ablehnend zu mir, daß es mich nichts angehe; — seiner Schwägerin machte er darauf den Vorwurf, daß sie nicht habe schweigen können.

Den Inhalt des Pamphletes bilden Vorwürfe gegen die Frau Herzogin, und auch K. machte in seiner Aufregung am bewußten Abend ganz ausführlich solche Vorwürfe; es waren Begebenheiten des intimen Belvederelebens, die man weder irgendwo gelesen, noch anderswo gehört haben konnte, da die Herzogin kaum ein Drittel des Jahres in Wien und dann zurückgezogen lebte. Er erzählte aufgeregt ausführlich über die Einladungen von seiten der Vereine zu ihren Veranstaltungen, besonders aber über die Einladungen zur Spitalseröffnung Landstraße-Elisabethinerinnen, daß man öfters das Programm änderte, den Tag der Eröffnung verlegte, Verhandlungen mit dem Primar usw. abhielt, so daß K. öfters damit zu tun hatte. Da die Frau Herzogin so lange zögerte, sagte er noch aufgebracht: Ich weiß nicht, warum man sie noch einladet (respektive auch sonst zu Veranstaltungen, da sie doch nicht geht). Der Vorwurf im Pamphlet, daß die Herzogin »zugelassen« werde, ist natürlich ein unsinniger, daher auf lügenhafter Voraussetzung (»skandalöser Ruf«), absichtlich gemachte Verdrehung des Kenners der Einladungen usw., die ja eine Angelegenheit des Sekretärs waren; auch die handschriftlich eingeschobene politische Motivierung (»die den Frieden im ganzen Lande aufs empfindlichste gestört...«), die, weil vergessen, dem Schreiber fern lag, zeigt das Streben des Verfassers, irre führen zu wollen. — Ich hörte auch von der Patenschaft bei einer Fahnenweihe, an der die Herzogin auch nicht teilnahm, sondern

sich vertreten ließ — ich glaube mich zu erinnern, daß K. Frau Oberst Dr. Bardolff (Gattin des Vorstandes der Militärkanzlei) nannte. — Auch den »Nagelskandal« erwähnte er; als ich ihn um Näheres fragte, sagte er abwehrend, das wissen Sie doch! An die Behauptung des K., daß der Erzherzog und die Frau Herzogin »heilig nicht mehr zurückkehren«, erinnerte mich die nicht als persönliche Drohung des Pamphletisten gegebene, sondern ebenfalls referierende Stelle: »muß noch unter Mörderhand...« — Daß der Pamphletist einen Einblick in die Vereinstätigkeit usw. der Herzogin und einen Überblick über die »Zulassungen« (!), eigentlich über die an dieselben gerichteten Einladungen und Adressaten hatte, zeigen nach der Aufzählung das »usw.« und unten »etc.« und einen solchen Einblick konnte nur jemand haben, der eben damit länger dienstlich zu tun hatte. Das sind eben (weil im Affekt) unwillkürliche Entgleisungen, wodurch der Pamphletist zeigt, daß er von dem noch mehr wisse, was Sache des Sekretärs der Herzogin war.

II. Die Schreibmaschine. Meine Aufmerksamkeit erregten am bewußten Abend die Worte der Frau K.: »es wäre furchtbar, wenn man darauf käme«; K. selbst erwiderte beruhigend, daß die dazu notwendige Schreibmaschine, »der alte Schragen«, nach Konopischt verschwinden müßte, vernichten könne man sie nicht und es sei ein Vorwand zur Versendung gewesen, ich glaubte, er sagte, als ob jemand gelegentlich den Wunsch nach einer Maschine geäußert hätte; es sei eine Maschine, an deren Existenz man gar nicht mehr denke; auch daß eine Type umgetauscht worden sei; auch von einer Dollarbezeichnung hörte ich. Ein Händler (offenbar Detektiv) soll nach alten Maschinen bereits gefragt haben, wußte K., wie auch, daß »der Spitzel bei Janatschek war«.

Im Sommer 1914 dürfte mit der Schreibmaschine neuerdings etwas geschehen sein, da die Sache so stehe, daß »niemand darauf kommen könne«, hörte ich im November 1914 von K. Später erfuhr ich, daß Verschickungen der Maschinen auch nach dem Tode der Hoheiten stattgefunden haben. Dr. Stritzl war im Frühjahr 1915 nicht in der Lage, die Maschinen untersuchen zu lassen; trotz meines Protestes aber, daß es zwecklos

sei, hat er sich an Frau K. um Aufklärung gewendet, und hat mich gewarnt!

Bei meiner Einvernahme im Juni 1915 durch Dr. Englisch war seine Behauptung, ich hätte die Kenntnis vom Verschwinden der Schreibmaschine vom Detektiv erhalten, falsch und ich protestierte bereits damals! Die Worte »der alte Schragen« sind nur als subjektive Prägung jemandes, der die Maschine persönlich kannte, erklärlich, und ich habe diese Bezeichnung bereits vor dem Polizeipräsidenten und dann auch bei dem Polizeirat Schober, dem gerade diese Bezeichnung auffiel, wiedergegeben und ich habe mit Absicht zu beiden — einen Zeugen mitgenommen, den Univ.-Prof. Dr. Turba. Der Polizeipräsident gestand einiges — und fügte hinzu, an die Details könne er sich nicht mehr erinnern. Der vom Polizeirat Schober angekündigte Inspektor Osternigg war nach meiner Anzeige mit seinem eigentümlichen Besuche erst später bei mir, daher konnte ich nicht die mir bereits vom Polizeirat Schober ebenfalls eingestandene Tatsache (später wurde allerdings behauptet, dies hätte sich auf eine andere Maschine und Zeit bezogen) vom Verschwinden eines »alten Schragens« von Osternigg erfahren haben. Aus diesem Anlaß hat Polizeirat Schober noch über die Möglichkeit, Maschinschrift zu identifizieren, erzählt. Mir persönlich war ja auch alles, was das Schreibmaschinwesen betrifft, bis zum Winter 1915/16 gänzlich unbekannt.

III. Form des Pamphletes. Kenntnisse des Schreibers. Das Pamphlet 4399 zeigt die Typen einer alten, abgenützten, für offizielle Zwecke unbrauchbaren Schreibmaschine, wahrscheinlich »Ideal«, welche von einem Autodidakten und länger dienenden Hilfsbeamten (feierliche, nicht kommerzielle äußere Form, Spazien, Zirkularadresse unten, Kürzungen P. T. und N. B., einfache und korrekte Amtsadresse am Kuvert, Vermerk Drucksache, Drei-Hellermarke, Gebrauch des Lehmann I, Gewohnheit, ein Exhibitenprotokoll wie im Belvedere zu benützen usw.) des Obersthofmeisteramtes im Belvedere benützt wurde, und deren Vorhandensein in diesem Zustande nur als ein nicht benütztes amtliches Inventarstück zu erklären ist. Diesen Hilfsbeamten kennzeichnen noch eine schwerfällige Sucht nach affektiertem Ausdruck, ein bestimmtes Jagdschimpflexikon (Hund, Sau, Bestie), flotte, ab-

genutzte Bureauschrift und ein sehr aufgeregtes Naturell. Die irritierte psychische Abhängigkeit des Pamphletisten bemerkt, einem psychologischen Gesetz entsprechend, das an der Herzogin, was dem Schreiber vermöge seines eigenen Gesichtskreises geläufig war: Vereine, Veranstaltungen, Feste, Patenstellen, Pfarren usw., kurz, ein kirchlich weiblicher Gesichtskreis, aktiv und passiv. Da jeder Mensch einen bestimmten psycho-physischen Zusammenhang, einen durch seine Erziehung, Umgebung, Beschäftigung usw. entsprechenden Gesichts- und Anschauungskreis hat, so entsprechen auch jedermanns Äußerungen, Augenmerk und Eindrücke diesem bestimmten Gesichts- und Einblickskreise. Ein Jäger, Beamter, Meßner, Frau usw. bemerken und kritisieren das ihrem Gesichtskreis, ihren Kenntnissen und Beziehungen Entsprechende. Somit entspricht der Gesichtskreis des Pamphletisten, der sich als Hilfsbeamter im Obersthofmeisteramt nach dem Vorhergehenden charakterisiert, dem als Sekretär der Herzogin daselbst beschäftigten Beamten: K.

Der Verfasser fühlte die Notwendigkeit einer Motivierung der psychischen Abhängigkeit (des Hasses) und des Rundschreibens; daher der nachträgliche handschriftliche Zusatz, der jedoch nur beweist, daß die (vergessene) politische Motivierung dem Verfasser doch ferne lag; ein politischer, gesellschaftlicher oder theoretisch-geistiger Gegensatz wäre auch jedenfalls dem politischen usw. Gesichtskreis entsprechend, weil persönlich fernliegend, präziser und sachlicher zum Ausdruck gekommen als durch die sachlich verdrehte Motivierung, daher eigentlich nur Beschimpfung, Äußerungsweise eines geistig nicht hochstehenden, im persönlichen Wollen Irritierten, daher persönlich von der Frau Herzogin abhängig gewesenen. Ich weiß nicht, ob es sich um eine Gemeinschaftsarbeit handelt, die Gründe der Polizei dagegen sind mir nicht stichhältig (K. und L. wurden eingehängt gesehen und K. hat öfters gesagt: »wir fliegen alle hinaus«), aber soweit ich den Baron L. und K. kenne, entspricht der rohe Zornesausbruch nur dem stets aufgeregten, schimpfenden K. Eine solche Szene erwähnte mir auch eine Geschäftsinhaberin, welche eine Bestellung entgegenzunehmen hatte, daß ihr der unbekannte Hofbeamte über die Hoheiten vorschimpfte. Sie suchte seine Visitkarte auf: K. Auch in L. (während der Einrückung) war er der

stets Aufgebrachte, so daß ich über seine Eigenart gefragt wurde.

Aus dem Vorhergehenden (II.) geht jedoch hervor, daß es meine eigene und vor einem Zeugen bei der Polizei mitgeteilte Wahrnehmung war, daß aus dem Belvedere bereits im Juni 1914 im Interesse K.s eine alte Schreibmaschine verschwinden mußte!. Und auch K. wußte bereits, daß der Spitzel bei Janatschek war und daß man daselbst nach einer alten Maschine suchte.

IV. Das Schimpfwort »D.......«. Am bewußten Abend (18. [?] Juni 1914) ärgerte sich K., daß die Herzogin etwas nicht glauben wollte, worauf ihm die Schwägerin die Einwendung machte: »Aber wenn es nicht wahr ist.« K.: »Aber diese D....... muß es glauben!«

Den Inhalt des Pamphletes kannte ich bis Februar 1915 nicht. Ich suchte den P. Fischer auf und fragte ihn, was über mich gelogen worden sei, denn der Betreffende sei so auf die Herzogin erbittert gewesen, da sie es nicht glauben wollte, daß er auf die Frau Herzogin sagte: »Aber diese D......., muß es glauben!« P. Fischer: »Kennen Sie den Brief? Dieses Wort steht auch im Brief.« Ich erzählte dem P. Fischer, daß etwas geschrieben worden sei, da die Schreibmaschine usw.... Es ist kein alltägliches Schimpfwort, aber ich hätte es nicht gebrauchen können, wenn ich es nicht von K. gehört hätte und es diente mir als Stichwort zum Auffinden des Pamphletes.

Das Wort D....... ist somit ein geistiger Besitz, weil ohne gegenständliche Begründung und im Affekt angewendet, ein Lieblingsschimpfwort K.s und des Pamphletschreibers.

Die Behauptung Osterniggs, deren Richtigkeit vorausgesetzt (falsche Behauptungen wurden mir öfters in der Untersuchung entgegengestellt), eventuell anderer, daß im Belvedere auch sonst dieses Schimpfwort gebraucht werde, wäre in diesem Falle gleichgültig, da ich es nur aus K.s Mund und als Stichwort fürs Pamphlet kenne.

V. Eine damit im Zusammenhang stehende, K. aufregende polizeiliche Meldung, nicht für K.s Hände

bestimmt, mußte verschwinden, da dieselbe die Folge einer angeordneten Untersuchung war, von der K. nichts wußte und über die er sich empört äußerte, da sie gleichsam hinter seinem Rücken geschah. K. sagte: »Wenn ich nicht das hineingeschrieben hätte, nur in ein paar Stück, dieselben scheinen sie jedoch nicht zu haben.« Er drückte seine Befriedigung aus, etwas weggelassen zu haben.

K. gestand damals auch, »man habe den Bock zum Gärtner gemacht«. Polizeirat Schober gestand mir bei meiner Meldung, da ich nicht wußte, in welcher Angelegenheit K. den Bock machte, daß er damals die Kanzlei leitete.

Wenn ich nicht von K. die Kenntnis über die polizeiliche Meldung gehabt hätte, so hätte ich dies nicht im Juni 1915 dem Dr. Horak mitteilen können, um zu erfahren, daß der Polizeipräsident telephonisch berufen wurde (zum Erzherzog Franz Ferdinand).

Über welches Pamphlet damals untersucht wurde, ist gleichgültig; die Hauptsache dabei ist die Wirkung auf K. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich noch an K.s ablehnendes Verhalten gegenüber der Anschuldigung der Autorschaft in einem Schreiben: Kardinal Piffl — Einjähr. usw.

VI. Psychische Verfassung K.s:

1. K. war im Juni 1914 sehr aufgeregt über die Hoheiten, »da man ihm jemand vor die Nase setzen wollte, der die Gaunereien durchblickt (durchblicken würde), — es sei dann kein Leben mehr«.

2. Ich wurde am bewußten Tage von halb 10 bis 10 Uhr abends am Weggehen aus der Wohnung K.s verhindert. Die Schwägerin ging eilig in die Küche, K. und Frau standen bei der Tür, ich mußte nochmals an der unteren Seite des Tisches platznehmen. K. hat mich noch an mein ehemaliges Versprechen erinnert, nicht ins Belvedere zu kommen, respektive wenn ich gebeten werden würde, nicht hinaufzugehen und keine Antwort zu geben. Es handelte sich für den Fall einer Untersuchung. Ich habe ihn durch die Mitteilung bereits vorher aufgeregt, daß ich von den Hoheiten gesehen wurde, daß ich am Vortage bei einem Krankenbesuche beinahe mit der Herzogin zusammengekommen wäre usw. K. bemerkte

noch, »den treffen sie noch heilig«. Als ich gegen 10 Uhr energischer wurde, wollte er mich begleiten; als ich dann allein wegging, sagte er noch, »die (nämlich Hoheiten) trifft er ja nicht mehr«.

3. Schuldbewußtsein. Als ich Mitte November 1914 nach Wien kam und zu K., waren seine ersten Worte: »Gauner haben wirklich Glück; statt daß wir hinausgeworfen worden wären, sind wir hoch ausgezeichnet worden und noch neue Stellen haben wir bekommen.«

4. Als Frau K. damals ihren Mann fragte, ob er mir nicht die Briefe der Frau Herzogin (daß aus einem ein Sekretariatsbrief gemacht wurde, wußte ich längere Zeit früher) geben wolle, da ich nichts mehr damit machen könne, sagte K.: »er habe sie vernichtet, habe überhaupt alles bereits im Sommer vernichtet«, falls eine Untersuchung käme. Wenn er was sagt, so wird »geklagt«. Er sprach ziemlich ausführlich, daß nichts aufkommen werde.

VII. Die Handschrift, welche auf 4399 eingeschaltet ist, erkläre ich für die des K. Vor der Abgabe bei der Polizei fragte ich noch zwei Gelehrte, welche fachlich mit dem Schriftwesen zu tun haben, um ihre Anschauungen, und trotzdem, daß ich auch bereits vor der Hofbiliothek war, habe ich es doch absichtlich unterlassen, ein Gutachten des Dr. Gottlieb einzuholen, um ganz objektiv die Untersuchung der Polizei zu überlassen.

Prof. Turba und ich machten den Polizeirat Schober auf die Einzelheiten aufmerksam, namentlich auf das deutsche p im lateinisch geschriebenen Text; daraus hat auch Langenbruch am 25. Jänner 1916 vermutet, daß der Anonymus gewöhnlich die deutsche Schrift anwendet. Um mich in der Anzeige nicht zu sehr persönlich zu exponieren, habe ich es sogar unterlassen, dem Polizeipräsidenten den Gruß und die Meinung des Direktors des k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchivs Hofrat Dr. Schlitter zu melden.

VIII. Über die polizeiliche Untersuchung. Als die Untersuchung nicht weiter kam, fühlte ich mich verpflichtet, meine weiteren Schritte zu tun, in einem Augenblick, als ich von der Besiegung Serbiens hörte, im Juni 1915, es

werde verhandelt, und ich meine Wahrnehmung für politisch wichtig hielt. Da erklärte ich nochmals in gewiß diskreter Form, daß eine Untersuchung nötig sei.

Darauf erfolgte meine Einvernahme durch Dr. Englisch, der aber nur schrie, daß er mich nicht verstehe.

Im Oktober 1915 erfuhr ich von glaubwürdiger Seite, »daß die Spuren anderswohin führen, man habe die Schrift gemessen usw.« Da jener Herr, welchem es gesagt wurde, nichts von einer Schriftexpertise versteht, dürfte wohl das Wort »gemessen« als Zeichen gründlicher Arbeit gebraucht worden sein. Mir ist in Wien kein so bedeutender Graphologe wie Doktor Schneickert, Berlin, Polizeipräsidium, bekannt, und sogar der machte falsche Messungen. Und zur Graphometrie gehören gleiche Worte!

Da die Untersuchung »auf andere Spuren kam«, wollte ich das von mir abgegebene Material selbst in die Hand bekommen und ging am 12. Oktober 1915 zum Polizeirat Schober, wurde jedoch ins Bureau zu Dr. Englisch geschickt. Auf die Bitte um mein Material, sagte auch mir Dr. E., daß die Spuren »anderswohin« führen und daß ich die Briefe mit der Post bekommen würde. Ich sagte: die Zusendung mit der Post sei unsicher, ich wolle sie selber abholen, man möge die Zeit nach Belieben bestimmen; Dr. E. wollte nicht darauf eingehen und wollte die Post benützen. Ich protestierte, ich müsse das Material sicher von Hand zu Hand bekommen und lege einen Wert darauf, daß es nicht in Verlust gerate. Dr. E. erwiderte darauf, daß es überhaupt überlegt werde, ob man mir die Sachen ausfolgen solle.

Ich wendete mich an einen Advokaten und, obgleich angeblich das Material für die Polizei wertlos war, da »die Spuren anderswohin führten« und ich alles zurückzustellen versprach, erhielt Dr. v. Barychar nicht die Papiere, sondern am 14. Oktober 1915 die prinzipielle Zusage, am 16. Oktober Zusage für Montag, am 18. Oktober (der andere Teil angeblich zur Schriftvergleichung!) Zusage für Dienstag, am 19. bestimmte Zusage für morgen, am 20. Oktober (nach meiner Verwahrung usw.) brauchte man es nur noch zum Abphotographieren, und er erhielt Zusicherung für nächsten Montag. Dem Dr. v. Barychar aber wurde ein anderer, weniger charakteristischer Schmähbrief in die Hände gespielt.

Ein Advokat konnte erst nach einer Drohung mit einer Klage wegen Vorenthaltung wertloser Papiere dieselben nach acht Tagen erhalten. Ich habe mich sogar vorher bereit erklärt, auf das Pamphlet zu verzichten, wenn der Ausfolgung was dagegen stünde!

Warum dieses Vorgehen von seiten der Polizei trotz »anderer Spuren«?!

Über den Wert des polizeilichen graphologischen Gutachtens unterlasse ich es, mich zu äußern.

Bei meiner Meldung handelte es sich nicht um voneinander unabhängige Einzelheiten, sondern um einen von konkreten Verhältnissen abhängigen, persönlich gehörten Inhalt (nicht spätere Kompilationen, wie behauptet wurde) mit Motiven über Handlungen, oder eigentlich einen ganzen Komplex, wobei Personen, Gegenstände, Zeit usw. kontrollierbar waren, wo man sich daher nicht auf das schlechte Gedächtnis auszureden brauchte. Aus der Psychologie hätte der Untersuchende wissen müssen, daß man solchen Vorgängen, welche einen Eindruck machen, mit geschärfter Aufmerksamkeit folgt. Zur Annahme von Halluzinationen konnte ich keinen Anlaß geben und wenn, so hätte zur rechten Zeit nach Prof. Pilcz, Gerichtliche Psychiatrie, S. 178, das Verhalten der Erinnerung genau geprüft werden müssen, damals zumindest, als es hieß, daß ich eine »fürchterliche Perspektive eröffne«, als man mir gestand, daß man sich an jemanden »nicht herantraute«, nicht aber, als ich aufmerksam machte, daß nach Monaten die Untersuchung nicht weiter kam! Und Weingart sagt in seiner Kriminaltaktik: Man muß aus dem Zeugen möglichst alles, was er weiß, herausholen... Weiß der Zeuge nichts mehr zu sagen, so stellt man Ergänzungsfragen... Die möglichen Umstände sind dem Zeugen abzufragen, da er ihre Bedeutung vielfach gar nicht durchschaut... Der Zeuge ist stets auch danach zu fragen, worauf seine Kenntnis beruht... Ist der Zeuge glaubwürdig? Beobachtungsfähig? Gedächtnis desselben?

Ich selbst aber bin voll Mißtrauen mit einem Zeugen zur Polizei gekommen.

Sind Erfahrungen bekannter Kriminalisten für die Polizei überflüssig? Man hätte sich ja leicht überzeugen können, daß ich in der ganzen Sache nicht kritiklos — nicht ohne Vorsicht — war. Ich glaube, dies zu betonen sollte überflüssig sein,

wenn es sich um das Verlangen nach einer zielbewußten Untersuchung handelte und wenn an Sr. kaiserl. Hoheit weiland dem Thronfolger ein Verbrechen geschah. Meine Anzeige bei der Polizei und dem Obersthofmeister Fürst Montenuovo hätte meines Erachtens gar nicht den Gegenstand einer Verleumdung, einer Ehrenbeleidigung bilden können, denn diese Faktoren wie auch die Vormundschaft hatten die Pflicht, sowohl aus Dienstes- wie aus Gewissensgründen meine Angabe und die Umstände, die dazu führten, zu prüfen! Damals wurde ich sowohl vom Grafen Thun wie Polizeirat Schober sofort gefragt, was ich von J. halte, und ich machte den Polizeirat Schober aufmerksam, daß er nicht richtig informiert sei. — Ich habe obigen Faktoren wiederholt erklärt, daß ich mich verpflichtet fühle, mich ihnen bis zur vollen Aufklärung zur Verfügung zu stellen und wenn trotz meines Willens eine Methode befolgt wurde, die seit zweieinhalb Jahren erfolglos blieb, so trifft eben die obigen Faktoren die ganze Verantwortung für die Art der Untersuchung. Auch Dr. v. Barychar hatte den Eindruck, daß das eine »ganz eigentümliche Untersuchung ist«.

Für die Polizei waren bereits objektive Tatsachen vorhanden, wenn wir auch bei dem angeblichen Minimum der Untersuchung bleiben, daß schon vor meiner Anzeige die »Spuren ins Obersthofmeisteramt Belvedere führten« und daß »man sich an den nicht herantraute« usw. (Da der Thronfolger eine Untersuchung gewünscht hat, war mir der Respekt nicht einleuchtend.) Ich machte mir Notizen. Polizeirat Schober sagte sogar nach meiner ersten Anzeige, er werde mich mit einem Kommissär, der die nähere Untersuchung leitete, bekannt machen, müsse sich jedoch vorher erkundigen. Nach einigen Tagen wurde ich zu Schober gerufen, aber ich glaube »pro forma«. Ihm ist K. als ein sehr in Gunsten stehender Beamter geschildert worden. Ich mußte einiges korrigieren und daraus hätte der Schluß von der Polizei gezogen werden müssen, die Quelle über K. müsse überprüft werden. Polizeirat Schober hat mir auch den Besuch des Inspektors Osternigg angesagt. Welchen Zweck dieser Besuch hatte, war mir unklar. Ich glaubte, es würde sich vielleicht um irgend welche Auskünfte handeln, um eine Besprechung. Ich habe jetzt über Osterniggs Besuch eine andere Anschauung. Einige Behauptungen, denen ich zwar nicht widersprechen wollte, fielen mir auf. — —

Warum nahm man schon damals an, daß ich nicht glaubwürdig sei, mich nicht verständigen könne, daß ich keine Beobachtungsfähigkeit habe und warum waren Leute, von denen man annehmen mußte, daß sie am Ausgang der Sache Interesse haben, glaubwürdiger? Das Verhältnis K.s zu J.? Ich habe sogar dem Dr. E. telephonisch mir damals genau erinnerliche Details mitgeteilt, daß nach K. ein Verschwiegenerer als ein Diener B. etwas abholen mußte usw., was Dr. E. mit einem »äja« zur Kenntnis nahm in einem Tone wie etwas Abgetanes.

Daß der Polizeirat Dr. Englisch über mich so in Aufregung war, als ob ich mich nicht verständigen könnte, und daß ein Regierungsrat (Arzt) erwartet wurde, mag ja auf jemanden sonst — wirken, aber ich wollte eine objektive Überprüfung dessen, was ich wußte, obgleich ich erfuhr, »daß anders nachgewiesen sei, daß der Täter in der Burg und Mariahilf und längs der Bahn nach Baden gesehen wurde, wie er Briefe eingeworfen habe, daß seine Dienstboten manches wissen, daß L. Beziehungen hatte« ... Die Behauptung, daß ich mit L. »öfters« Unterredungen hatte, ist falsch! Um den Fasching 1914 brachte mich K. ins Café Belvedere zu L. und nach dem Tode der Hoheiten sprach ich mit ihm dreimal. Ich sprach mit L. im Ministerium des Äußern, das erste Mal ganz kurz in einem kleinen Zimmer neben dem Bureau, das zweite Mal oben in einem Korridor, wo wir uns besprachen, daß ich ihn einmal nach dem Nachmittagsdienst abhole; es war meine dritte und letzte Zusammenkunft mit ihm. Ich wollte von ihm einiges erfahren, da ich annahm, daß er es wissen könne. Ich hatte ja auch selbst Grund, nachzuforschen (vide S. 31/32). Als Vorwand diente mir mein damaliges Studium des Schreibmaschinwesens und dessen Typen. L. gab mir auch bereitwillig Auskünfte über die Schreibmaschinen im Belvedere, um Genaueres wies er mich jedoch an den Gardisten Müller, den ich nicht aufsuchte. Da ich nach der Art der Untersuchung die Überzeugung hatte, daß gelegentlich die »Spuren anderswohin führen werden« (vielleicht erinnert sich P. Fischer darauf), so befaßte ich mich mit dem Thema, wie die Polizei nach erprobten kriminalistischen Methoden untersuchen müßte, und, da Weingart sagt, daß der Täter in einem bestimmten Kreise zu suchen ist, so zieht man die Schriften der zu diesem Kreise Gehörigen zum Vergleiche, was auch ich tat. Zum Schlusse

wollte ich auch L.s Schrift kennen lernen, traf ihn aber nicht im Bureau. Jede andere Darstellung ist falsch!

Ich wurde nicht von Prof. Turba bei der Polizei eingeführt, sondern ich ersuchte ihn, als Zeuge mitzugehen, weil ich seine Beziehungen zum Thronfolger gekannt habe. Wenn ich mir nicht photographische Aufnahmen vor der Abgabe bei der Polizei gemacht hätte, wäre ich nicht in die Lage gekommen, der Expertise das mit 4399 bezeichnete charakteristische Pamphlet zur Verfügung zu stellen.

Ich weiß wirklich nicht, wie man sich vorstellt, was für Motive ich für eine Verleumdung hätte haben müssen, der ich seit zwei Jahren alles mögliche getan habe, um eine von Amts wegen pflichtgemäße ordnungsgemäße Untersuchung wegen eines an einem Thronfolger und seiner Frau begangenen Verbrechens von seiten der hiezu berufenen Faktoren herbeizuführen!

In meiner Aussage über L., welcher verhaftet wurde, da man angeblich Beweise hatte, daß er der Täter sei, steht es zwar, daß auch ich irgend einen Dank nach neunjährigem Dienst nach dem Tode der Hoheiten erwartet hätte; der mich einvernehmende Oberlandesgerichtsrat brauchte jedenfalls eine solche Erklärung und wollte lange nicht zu kontrollierbareren Angaben weiter. Nach dem, was ich im Sommer 1914 gehört hatte, nach der versuchten Lüge, die »diese D....... glauben muß« und »daß nichts aufkommen werde«, hatte ich wohl Grund, nach Lügen über mich zu fragen, und dabei mußte ich vorsichtig sein; die Drohung habe ich mir nicht umsonst gemerkt. Ich habe nicht vergessen, was K. über sich und die übrigen gestanden hat, was der Erzherzog nach K. gesagt und gedroht hat! Daß er von — — nichts mehr wissen wolle! Wenn jedoch gerade an gewisse Angestellte im Belvedere Auszeichnungen verliehen wurden, wie sonst sogar in der Kabinettskanzlei erst in der VII. Rangsklasse, an einen einstigen Kammerdiener, später Haushofmeister »in bescheidenen Verhältnissen«, einen Revidenten mit Untergymnasium, früheren Buchhalter auf dem Lande, der in der Burg erst ad personam in die IX. Rangsklasse zum Schlusse gekommen wäre usw. und wenn man erfährt, »daß auch die übrigen Geistlichen, welche den hohen Herrschaften aufopfernd dienten, so behandelt wurden«, auch wenn einer »sehr in Anspruch genommen wurde«, und daß »es so

noch besser sei, als wenn man einem Koch oder Tafeldecker gleichgestellt werde« und »daß sich die maßgebenden Herren nur gegenseitig zu angenehmen Sinekuren verhelfen«, so glaube ich, sei man wohl berechtigt gewesen, solche Fragen wie ich — durch meine Rücksicht war ich selbst in eine peinliche Situation gekommen — gegenüber solchem Milieu zu stellen! Daß aus diesen Kreisen die Schmähbriefe an den Thronfolger stammten, wußten die Behörden längst. Man wußte auch, daß es oft geschah. Und sie alle wurden nach dem Tode des Erzherzogs hoch ausgezeichnet; die Untersuchung aber wurde gleich nach dem Tode beider niedergeschlagen!

Ich gehörte wahrlich nicht zu den Strebern! Ich habe der Frau Herzogin gegenüber nie ein Wort persönlichen Interesses gebraucht, obgleich es mir nicht schwer gewesen wäre, da sie zu mir in Wien jahrelang zur Beichte ging. Für mich war es ein Grund mehr, nichts zu beanspruchen. K. möge sich erinnern, daß ich bei der Geschichte über den verfolgten Verwalter sagte, »falls ich ins Schloß käme, ich würde es dem Erzherzog sagen, daß das nicht angehe (oder unchristlich sei)«. Daß der Erzherzog unschuldig daran war, erfuhr ich erst später. Ein anderes Mal sagte ich ihm abwehrend — »damit ich das goldene Verdienstkreuz bekomme, oder den roten Kragen, wo ich ohnedies in Zivil gehe«. Ich habe es bei den Hoheiten durchgesetzt (nicht durch Bitten), daß sie pünktlich in die Messe kamen und nicht warten ließen. Ich bin durch das Obersthofmeisteramt und den Herrn Burgpfarrer gefragt worden, ob ich nicht wieder die Funktion in der Schloßkapelle übernehmen möchte; ich habe es abgelehnt und K. hat mich noch nach der Praterfahrt an mein Versprechen, nicht ins Schloß zu kommen, erinnert und mich neuerdings gebeten, falls ich hinaufgehen werde, den Hoheiten keine Antwort zu geben. Wenn ich Rechenschaft über diese und andere Handlungen haben wollte, soll das Rachsucht sein? Ich habe öfters den Mut gehabt, in schwierigeren Verhältnissen die Wahrheit zu sagen! Und wenn seit der Anzeige Sr. kais. Hoheit, seit zweieinhalb Jahren die Behörden zu keinem Resultate gekommen sind — mir handelte es sich nicht um eine Einzelperson — mich werden gewiß nicht formelle Schwierigkeiten hindern, meine Pflicht zu erfüllen!

(Beim Landesgerichte Wien anfangs Dezember 1916 abgegeben.)



BEILAGE II.

Zeitungsnachrichten über die Warnungen.

1. »Reichspost«, 30. Juni 1914, Morgenblatt, berichtet aus Sarajewo vom 29. Juni: ...Schon wochenlang munkelte man in Sarajewo von verbrecherischen Plänen...

2. »Reichspost« vom 30. Juni 1914 nachmittag. Von einer Persönlichkeit, welche dem Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinad nahe gestanden ist, wird uns mitgeteilt: ...Es waren dem erzherzoglichen Hofe verschiedene vertrauliche Warnungen vor dieser Reise zugekommen...

3. »Zeit«, 29. Juli 1914. Telegramm Agram, 29. Juni. ...Es fehlte nicht an Warnungen, die den Behörden zukamen und die auch dem Erzherzog Thronfolger bekannt gegeben wurden.

(Anm. Seinem Obersthofmeisteramte.)

4. Berlin, 29. Juni, Privattelegramm.

(Der »Vossischen Zeitung« wird von ihrem Wiener Korrespondenten gemeldet...)

Auch der serbische Gesandte in Wien soll von einem Attentat und, wie es weiter in der Meldung heißt, sogar den Erzherzog Thronfolger selbst gewarnt haben.

(Anm. Natürlich das Obersthofmeisteramt des Thronfolgers.)

5. Nach dem Privattelegramm aus Budapest, 30. Juni (aus »Österreichischer Volkszeitung«, 1. Juli 1914).

An verschiedenen amtlichen Stellen laufen Anzeigen über verdächtige Wahrnehmungen ein... In einzelnen dieser bei den Behörden verschiedener Städte der Monarchie gemachten Anzeigen wird auf Personen aufmerksam gemacht, die sich schon vor der Reise des Thronfolgers nach Bosnien geäußert haben sollen, daß diese Reise nicht ohne Zwischenfall verlaufen werde. (Die Untersuchung blieb erfolglos.)

(Anm. Am 28. Juni starb Franz Ferdinand, am zweitnächsten Tage liegt bereits ein jedenfalls offiziöses

Resumé über die bei den Behörden verschiedener Städte der Monarchie resultatlosen Untersuchungen vor! Über den Wert einer solchen offiziellen Untersuchung ist jedes Wort überflüssig!)

6. »Zeit«, 3. Juli 1914. Telegramm aus Prag.

Eine Entgegnung auf die Dementis.

Nach einer Belgrader Meldung des »Česke Slovo« erklärte ein aus Belgrad zurückgekehrter Arzt, daß **trotz allen [illegible]ösen Dementis** es sich bestätigt, daß die serbische [illegible]gierung den Thronfolger mit Rücksicht auf die [illegible]r zugegangenen Informationen über die Situa-[illegible]on und die Stimmung in Bosnien warnen ließ, die Reise nach Sarajewo zu unternehmen.

Der Wortlaut des Pamphletes Nr. 4399.

Euer Hochwürden!

Es ist niederträchtig, daß diese Person Sophie Hohenberg, welche trotz ihrem skandalösen Ruf (beim Volk nicht anders benannt wird »böhmische Hurenbestie«) noch zu Veranstaltungen, kirchlichen Festen, Patenstellen usw. zugelassen wird. Nicht genug der bekannten Skandale »Nagl's« und dergleichen mehr.

Dieser böhmische Trampl die den Frieden im ganzen Lande aufs empfindlichste gestört, muß noch unter Mörders Hand krepieren.

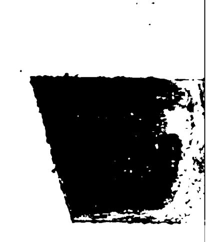
Nieder mit dem Estehund und der böhmischen Drecksau!

N. B.

(An sämtliche Vereine, Pfarreien etc. versendet.)

Anm. Der Abdruck ist wörtlich, die Einschaltung handschriftlich.

———::———



INHALT.

Demnächst erscheint:

Die österreichisch-ungarische Balkanpolitik.

Von Dr. J. A. ŽIBERT, Universitätsbibliothekar.

